

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

EINE WAHL, SECHS VISIONEN FÜR DEUTSCHLAND

Die Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2021

**Tobias Burst, Pola Lehmann, Sven Regel
und Lisa Zehnter**
September 2021



Die drei linken Parteien (SPD, Grüne und Linke) liegen in einem zweidimensionalen politischen Raum eng beieinander, da sie sich über die Priorisierung vieler Themen einig sind und ihre Ansichten über diese Themen teilen.



Im Durchschnitt ist Gleichheit das wichtigste Thema in den Wahlprogrammen, gefolgt vom Ausbau des Wohlfahrtsstaates und Technologie & Infrastruktur. Die Betonung von Klimawandel, Umwelt und Nachhaltigkeit nimmt zu.



Die AfD ist ein klarer Ausreißer und am wenigsten kompatibel mit den anderen Parteien: Viele Schwerpunkte in ihrem Wahlprogramm werden von den anderen Parteien nur selten aufgegriffen oder rundweg abgelehnt.

EINE WAHL, SECHS VISIONEN FÜR DEUTSCHLAND

Die Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2021



Obwohl es viele Unterschiede zwischen den Parteien gibt, lassen sie sich mittels ihrer Positionen auf der sozioökonomischen Dimension grob in zwei Blöcke einteilen: drei linke Parteien (SPD, die Grünen und die Linke) und drei rechte Parteien (CDU/CSU, FDP und AfD). Allerdings unterscheiden sich die Positionen der AfD im Allgemeinen erheblich von jenen von CDU/CSU und FDP. Auf der soziokulturellen Dimension vertritt die FDP eher progressiv-liberale Positionen. Im Vergleich zu 2017 haben sich die Parteien wie folgt leicht verschoben: die SPD nach links, die Grünen und die Linke Richtung Mitte, die CDU/CSU und die AfD in der sozioökonomischen Dimension nach rechts, in der soziokulturellen Dimension jedoch Richtung Mitte, und die FDP blieb etwa gleich.



Im Durchschnitt ist das wichtigste Thema für die Parteien die Gleichheit, die in den Wahlprogrammen der Grünen und der Linken am stärksten vertreten ist und bei FDP und SPD an zweiter Stelle steht. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates steht insgesamt an zweiter Stelle und ist im Programm der SPD am stärksten ausgeprägt (am zweitwichtigsten für die Grünen und die Linke und am dritt wichtigsten für die FDP und die CDU/CSU). Technologie & Infrastruktur stehen an dritter Stelle. Sowohl die FDP als auch die CDU/CSU sprechen dieses Thema am häufigsten in ihren Programmen an. Die AfD liegt mit ihren Prioritäten abseits der anderen Parteien, keine ihrer Top-Prioritäten schafft es in die Liste der insgesamt wichtigsten Themen.



Die Wahl 2017 wurde von den Themen Einwanderung und Integration dominiert – allerdings weit mehr in den öffentlichen Debatten als in den Wahlprogrammen der Parteien. Im Jahr 2021 konzentrieren sich die Parteien weniger auf diese Themen. Stattdessen erhalten Themen im Zusammenhang mit dem Klimawandel wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit in den Wahlprogrammen aller Parteien zusätzliche Aufmerksamkeit, mit Ausnahme der Grünen, die diese Themen bereits zuvor stark betont haben.

Inhalt

	ZUSAMMENFASSUNG	2
1	EINLEITUNG	3
2	EIN QUANTITATIVER ÜBERBLICK: PRIORISIERTE THEMEN UND POSITIONELLE AUSRICHTUNG	4
3	AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN DEUTSCHEN WOHLFAHRTSSTAAT	7
	Gesundheit	7
	Familien	7
	Renten	8
	Arbeitslosigkeit und soziale Sicherheit	8
	Bildung	9
	Gleichheit	9
4	MASSNAHMEN GEGEN POTENZIELLE BEDROHUNGEN DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS, DER DEMOKRATIE UND DES RECHTSSTAATS	10
	Sozialer Zusammenhalt	10
	Demokratie und ihre (wahrgenommenen oder realen) Defizite	11
	Die Verteidigung des Rechtsstaats	11
5	ZUKÜNFTIGE UND AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN	13
	Klimawandel	13
	Digitalisierung	14
	Einwanderung	15
6	DEUTSCHLAND IN EINER SUPRANATIONALEN UND GLOBALISIERTEN WELT	17
	Deutschland und die EU	17
	Deutschlands internationale Rolle	19
	Deutschland als Akteur auf einem globalisierten Wirtschaftsmarkt	21
7	SCHLUSSFOLGERUNG	24
	Referenzen	26
	Anhang	27

ZUSAMMENFASSUNG

Die Wahlen zum Deutschen Bundestag im September 2021 sind ein Wendepunkt: Angela Merkel tritt nicht noch einmal an; damit steht fest, Deutschland bekommt eine neue Kanzlerin oder einen neuen Kanzler. Wer es wird, ist kurz vor der Wahl allerdings noch völlig offen. Welche Folgen wird eine neue Regierung für Deutschland haben? Eine traditionelle Methode, um die Pläne der Parteien für die nächste Amtszeit zu untersuchen und ihre Positionen für den Wahlkampf zu bestimmen, ist die Analyse ihrer Wahlprogramme. Für diese Studie schauen wir uns die Wahlprogramme der Parteien an, die Mitglied des letzten Bundestags waren und ihm mit großer Wahrscheinlichkeit wieder angehören werden. Dazu haben wir die Programme sowohl quantitativ (mit den bewährten Methoden des Manifesto-Projekts¹) als auch qualitativ untersucht.

Wir beginnen damit, die Parteien in einem zweidimensionalen Raum einzuordnen: In sozioökonomischer Hinsicht kann das deutsche Parteiensystem in drei linke Parteien (die Linke, die SPD und die Grünen), die den Staat gegenüber dem Markt bevorzugen, und drei rechte Parteien (die CDU/CSU, die FDP und die AfD) aufgeteilt werden. Auf der soziokulturellen Dimension wiederum vertreten die drei sozioökonomisch linken Parteien und die FDP eher progressiv-liberale Ansichten, während die CDU/CSU und die AfD auf der konservativ-autoritären Seite stehen. Auch die Untersuchung der wichtigsten Themen der Wahlprogramme spiegelt diese Erkenntnisse wider. Die drei linksgerichteten Parteien weisen die meisten Überschneidungen auf, aber die SPD und die Grünen teilen auch mit der FDP drei Themen, die ihnen jeweils besonders am Herzen liegen. Die AfD ist mit den anderen Parteien am wenigsten kompatibel, und die meisten Schwerpunkte in ihrem Wahlprogramm – wie traditionelle Werte oder Kritik an der EU – werden von den anderen Parteien kaum thematisiert.

Diese allgemeinen ideologischen Ausrichtungen zeigen sich auch in den konkreten Plänen und Visionen der Parteien. Wir untersuchen die Konzepte der Parteien für den deutschen Wohlfahrtsstaat, ihre Ideen, wie sie den aktuellen Bedrohungen für Demokratie und Rechtsstaat entgegenwirken wollen und ihre Pläne, wie sie auf die jüngsten staatlichen Herausforderungen durch Klimawandel, Digitalisierung

und Einwanderung reagieren wollen. Und schließlich betrachten wir die Visionen der Parteien für Deutschlands Rolle in einer globalisierten Welt.

1 Details dazu finden Sie im Anhang.

1

EINLEITUNG

Am 26. September 2021 finden die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag statt. Sie werden nicht nur unter den Bedingungen einer Pandemie abgehalten, sondern sind auch dadurch geprägt, dass Angela Merkel (CDU) nach 16 Jahren als Kanzlerin nicht erneut kandidiert. Es gibt drei Kandidat:innen, die sich um die nächste deutsche Kanzlerschaft bewerben: Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen).²

47 Parteien sind für die Teilnahme registriert (Bundeswahlleiter 2021), von denen sieben im aktuellen Bundestag vertreten sind: die CDU und die CSU (die gemeinsam eine Fraktionsgemeinschaft bilden), die SPD, die AfD, die FDP, die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Wie vor jeder Wahl, haben diese Parteien Wahlprogramme verfasst, in denen sie ihre politischen Ideen für die nächste Legislaturperiode präsentieren.

Diese Programme unterscheiden sich nicht nur anhand des Zeitpunkts ihrer Veröffentlichung (die SPD hat ihres als erste am 9. Mai veröffentlicht, und die Linke ihres als letzte am 20. Juli) und ihrer Länge (zufälligerweise ist die Reihenfolge der Parteien vom kürzesten zum längsten Programm identisch mit der Reihenfolge der Veröffentlichung³), sondern auch hinsichtlich der Aufmerksamkeit, die die Parteien bestimmten Themen widmen, und der Positionen, die sie zu diesen Themen vertreten. In dieser Studie analysieren wir die thematische Zusammensetzung der Wahlprogramme der sieben im 19. Bundestag vertretenen Parteien⁴ und wie sie sich im Vergleich zu den Vorjahren verändert haben. Dabei achten wir nicht nur auf die Unterschiede zwischen den

einzelnen Programmen, sondern auch auf ihre Ähnlichkeiten und Überschneidungen. Wir untersuchen die Programme auf zwei Arten: Erstens verwenden wir Daten aus dem Manifesto-Projekt, das seit über 40 Jahren Parteiprogramme aus über 60 Ländern erforscht. Die Daten aus diesem Projekt ermöglichen es uns, die Positionen der Parteien zu vielen unterschiedlichen Themen zu bestimmen – und zu definieren, wie wichtig oder salient diese Themen für sie sind.⁵ Zweitens haben wir eine detaillierte qualitative Analyse von Teilen der Programme durchgeführt, um diese quantitativen Positionsdaten interpretieren und in einen größeren Kontext stellen zu können.

Um solche grundlegenden Fragen beantworten zu können, sind Wahlprogramme besonders nützlich, da sie die autoritativste Quelle für die politischen Positionen der Parteien vor den Wahlen darstellen (Proksch und Slapin 2009: 329), da sie über die Zeit und die Parteien hinweg standardisierbar sind (Manucci & Weber 2017), und – weil erst nach einem langwierigen Prozess innerparteilicher Diskussionen veröffentlicht – sie jeweils die Positionen der gesamten Partei abbilden. In Wahlprogrammen legen sich die Parteien auf ihre politischen Ziele fest. Im Nachhinein kann dann bewertet, ob sie diese auch einhalten (Merz & Regel 2013).

Im nächsten Abschnitt geben wir einen Überblick über die wichtigsten Themen in den deutschen Wahlprogrammen, und stellen die sechs Parteien/Fraktionsgemeinschaften und ihre Positionen innerhalb des deutschen Parteiensystems vor. In den vier Kapiteln danach analysieren wir die Positionen der Parteien hinsichtlich wichtiger politischer Themen: Insbesondere betrachten wir ihre Einstellung gegenüber dem deutschen Wohlfahrts- und Rechtsstaat; wir analysieren, wie sie die großen Herausforderungen unserer Zeit (wie z. B. den Klimawandel) bewältigen wollen; und wir untersuchen, wie sie Deutschlands Rolle in einer globalisierten Welt definieren⁶. Danach schließen wir mit einer Zusammenfassung und diskutieren anhand inhaltlicher Übereinstimmungen mögliche Koalitionen.

² Die Verfasser:innen danken Leila van Rinsum für ihre Forschungsunterstützung und Paul Muscat für sein Lektorat. Die Studie wurde ursprünglich auf Englisch für ein internationales Publikum geschrieben und nur mit kleinen Anpassungen ins Deutsche übersetzt. Dieser Umstand hat Einfluss auf Schwerpunktsetzung und Erläuterungen in dieser Studie.

³ Das kürzeste Parteiprogramm ist das der SPD mit 98 Standardseiten (eine Standardseite besteht aus etwa 250 Wörtern), gefolgt von dem der AfD (102 Standardseiten), der FDP (143), der CDU/CSU (179), und der Grünen (270). Das längste Programm ist das der Linken mit 286 Standardseiten.

⁴ Wobei CDU und CSU ein gemeinsames Wahlprogramm verabschiedet haben (welches wir in dieser Studie betrachtet haben) und deshalb in dieser Studie als »eine Partei« behandelt werden. Neben dem Unionsprogramm hat die CSU auch ein eigenes Programm verabschiedet, dass wir hier aber nicht behandeln.

⁵ Mehr Details zur Methodik finden Sie im Anhang.

⁶ Da diese Studie für ein internationales Publikum geschrieben wurde, betonen wir diesen letzten Punkt besonders, obwohl die internationale Politik in den Programmen nur einen Anteil von etwa 15 Prozent umfasst.

2

EIN QUANTITATIVER ÜBERBLICK: PRIORISIERTE THEMEN UND POSITIONELLE AUSRICHTUNG

Um einen ersten Eindruck zu bekommen, wo die Parteien stehen, betrachten wir ihre Positionen bei vergangenen Wahlen und bei der aktuellen Wahl anhand zweier politischer Dimensionen (Abbildung 1): der sozioökonomischen und der soziokulturellen Dimension. Die erste definiert sich durch die Beziehung zwischen Markt und Staat: Sozioökonomische Positionen des rechten politischen Spektrums setzen sich für eine freie Marktwirtschaft ein und vertreten die Ansicht, der Staat solle sich so wenig wie möglich einmischen. Sozioökonomische Positionen des linken Spektrums unterstützen einen starken Wohlfahrtsstaat und glauben, der Markt müsse vom Staat reguliert werden. Anhand dieser Daten können wir das deutsche Parteiensystem in drei linksgerichtete Parteien (Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD) und drei rechtsgerichtete Parteien (die FDP, die CDU/CSU und die AfD) unterteilen. 2021 wird die am stärksten rechtsgerichtete sozioökonomische Position von der AfD vertreten, gefolgt von der FDP und der CDU/CSU. Links von der Mitte finden wir die Grünen, die SPD und die Linke. Bei dieser Dimension sind die Unterschiede zwischen den Positionen der drei linksgerichteten Parteien größer als jene zwischen den drei rechtsgerichteten Parteien.

Die zweite Dimension, die wir betrachten, ist die soziokulturelle Dimension, anhand derer sich die Parteien danach unterscheiden, ob sie konservativ-autoritäre Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Themen vertreten oder progressiv-liberal eingestellt sind. Parteien auf der konservativ-autoritären Seite bevorzugen beispielsweise das traditionelle Konzept der Familie, sind skeptisch gegenüber dem Multikulturalismus und wollen die nationale Kultur fördern. Die progressiv-liberalen Parteien hingegen vertreten gegenüber Familien- und Geschlechterthemen liberalere Ansichten und sind offen für eine multikulturelle Gesellschaft. Innerhalb dieser Dimension vertritt die AfD die extremste Position am konservativ-autoritären Ende der Skala, mit einigem Abstand zur CDU/CSU. Die anderen vier Parteien befinden sich hier links von der Mitte. Nah am Zentrum finden wir die SPD und die FDP mit fast identischen Positionen, gefolgt von den Grünen, die etwas liberaler eingestellt sind. Die progressivsten Positionen werden von der Linke vertreten.

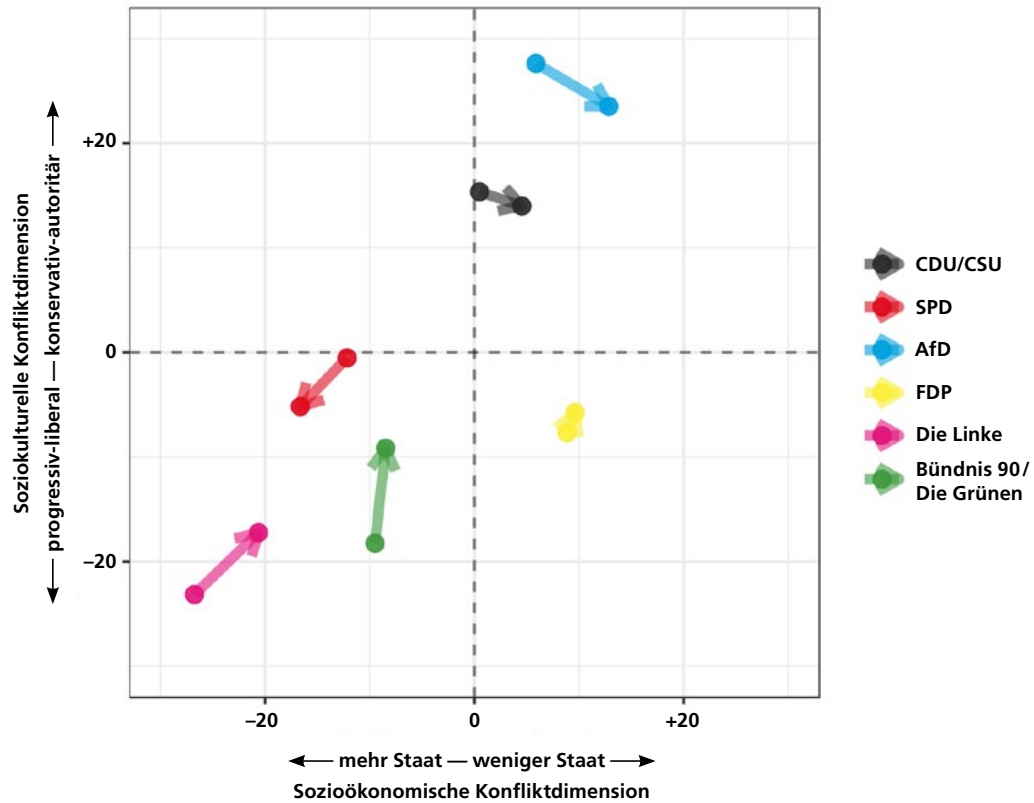
Um einen Überblick über die Themen zu bekommen, die den politischen Wettbewerb im deutschen Parteiensystem dominieren, können wir die allgemeine Salienz und Verteilung dieser Themen in den Parteiprogrammen des Jahres

2021 betrachten (Abbildung 2) – insbesondere die der fünf Themen, die durchschnittlich die meiste Aufmerksamkeit bekommen. Das wichtigste Thema ist demnach die Gleichheit, hierunter fallen Aussagen über die faire Behandlung aller Menschen, die gleiche Verteilung von Ressourcen und den Schutz von Minderheiten gegen Diskriminierung. In den Programmen der Grünen und der Linke ist die Gleichheit das bedeutsamste Thema, und in jenen der FDP und der SPD das Thema, das die zweitmeiste Aufmerksamkeit erhält.

Insgesamt an zweiter Stelle steht die Erweiterung des Wohlfahrtsstaats – ein Thema, das mit vielen Aspekten rund um Gleichheit verknüpft ist. Es überrascht nicht, dass dies im Programm der SPD am stärksten hervorsteht (am zweitwichtigsten ist es für die Grünen und die Linke, und am drittwichtigsten für die FDP und die CDU/CSU). Das Thema beinhaltet Bereiche der öffentlichen Sozialpolitik wie Gesundheitsfürsorge, Renten und Sozialwohnungen. An dritter Stelle stehen Technologie und Infrastruktur, die nicht nur die Digitalisierung, sondern auch die Modernisierung des Transportwesens und alle Arten von Infrastrukturentwicklung umfassen. Sowohl die FDP als auch die CDU/CSU behandeln dieses Thema am häufigsten in ihren Programmen. An vierter Stelle sehen wir positive Referenzen zu Arbeitnehmergruppen (bessere Bezahlung, mehr Arbeitsplätze, bessere Arbeitsbedingungen). Dieses Thema wird in den Programmen der SPD und der Linke am dritthäufigsten behandelt. Und schließlich geht es um das Thema Recht und Ordnung, das für die Parteien insgesamt an fünfter Stelle steht und Punkte wie strenge Strafverfolgung und innere Sicherheit umfasst. Am prominentesten ist es im Programm der CDU/CSU vertreten, wo es an zweiter Stelle steht. Bemerkenswerterweise taucht keines der Themen, die für die AfD am wichtigsten sind, unter den fünf insgesamt wichtigsten Themen auf, was verdeutlicht, wie weit die Themen der AfD von jenen entfernt sind, die die anderen Parteien beschäftigen.

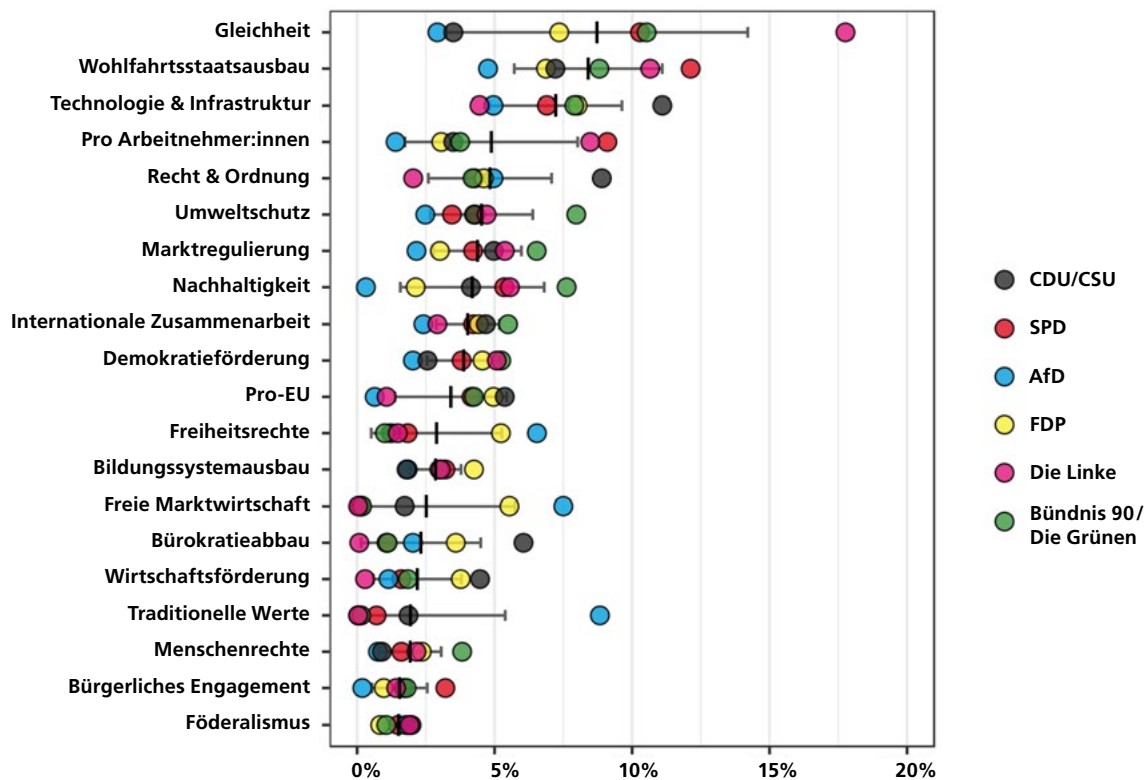
Diese wichtigsten Themen für 2021 – sowohl hinsichtlich des allgemeinen politischen Wettbewerbs (wie oben erwähnt) als auch auf der Ebene der einzelnen Parteien (Abbildung 3) – lassen daher letztlich drei Hauptpunkte erkennen: Erstens haben die potentiellen Koalitionspartner auf der linken Seite des politischen Spektrums (Grüne, Linke, SPD) eine Menge Gemeinsamkeiten, auf denen sie aufbauen können.

Abbildung 1
Positionen in den Wahlprogrammen 2021



Anmerkung: Die Skalen wurden auf das deutsche Parteiensystem zentriert. Dafür wurden der Zeitraum 1990–2017 und die sechs Parteien, die derzeit im Bundestag vertreten sind (und ihre Vorgänger) berücksichtigt. Die positiven und negativen Werte zeigen die Stärke der Abweichung vom Zentrum der Skala.

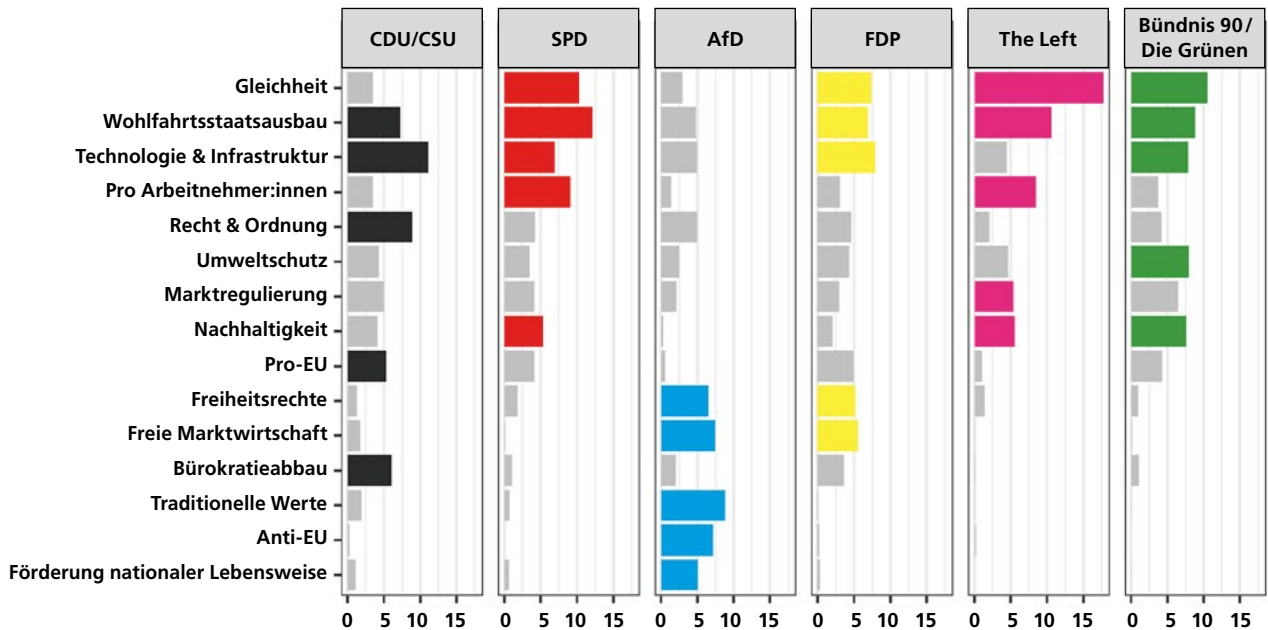
Abbildung 2
Anteil der Aussagen zu den 20 häufigsten Themen in den Wahlprogrammen 2021 über alle Parteien hinweg



Anmerkung: Die schmale vertikale Linie in jeder Themenreihe zeigt den mittleren Anteil der Aussagen über alle Parteien hinweg an und die graue horizontale Linie zeigt je eine Standardabweichung pro Richtung.

Abbildung 3

Anteil der Aussagen zu den 5 wichtigsten Themen je Partei in den Wahlprogrammen 2021



Anmerkung: Ein Thema wird aufgenommen, wenn es für mindestens eine Partei zu den Top-5-Themen gehört. Die Themen sind nach dem durchschnittlichen Anteil der Aussagen über alle Parteien hinweg sortiert, und die Anteile sind in Prozent gemessen.

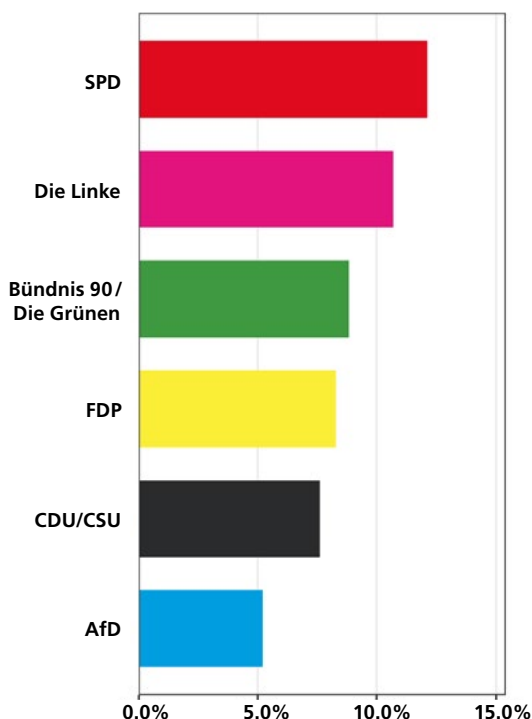
Die SPD teilt vier ihrer fünf wichtigsten Themen mit den Grünen und der Linken, und alle drei betonen besonders stark das Thema der Nachhaltigkeit. Zweitens hat die CDU/CSU ein eher ungewöhnliches Profil, da sie die einzige Partei ist, die Themen wie Recht und Ordnung sowie die Effizienz der Regierung zu ihren wichtigsten Punkten zählt und damit eine thematische Nische füllen könnte, die die anderen offen lassen. Und drittens besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen der AfD und den fünf anderen Parteien. Die drei Hauptthemen der AfD (traditionelle Werte, negative Einstellung gegenüber der EU und die Betonung einer »nationalen Lebensweise«) finden sich, in den Programmen der anderen Parteien nur selten. Dies zeigt, dass die Positionen der AfD von denen der anderen Parteien weit entfernt sind.

3

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN DEUTSCHEN WOHLFAHRTSSTAAT

Auch wenn die Coronakrise Deutschland massiv getroffen hat, war sie nicht der Ursprung bestehender Ungleichheiten und Mängel im deutschen Wohlfahrtsstaat, sondern kann eher als Katalysator oder als Brennglas betrachtet werden. Insofern überrascht es nicht, dass alle Parteien diese Themen ausführlich in ihren Wahlprogrammen ansprechen: In den meisten ist der Wohlfahrtsstaat daher eins der wichtigsten Themen (Abbildung 4). Erwartungsgemäß widmen sowohl die Linke als auch die SPD dem Wohlfahrtsstaat besonders viel Aufmerksamkeit; elf beziehungsweise zwölf Prozent ihres Programms beschäftigen sich mit Themen rund um den Wohlfahrtsstaat. Bei den Grünen, der CDU/CSU und der FDP sind es jeweils etwa sieben Prozent. Bei der AfD beträgt dieser Anteil nur fünf Prozent, damit widmet sie diesem Themenbereich die geringste Aufmerksamkeit.

Abbildung 4
Anteil der Aussagen zu Themen im Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsstaat in den Wahlprogrammen für 2021



Anmerkung: Um zu messen, wie oft die Parteien insgesamt über den Wohlfahrtsstaat sprechen, wurden die Anteile der beiden Manifesto-Projekt-Kodes 504 (Wohlfahrtsstaatsausbau) und 505 (Wohlfahrtsstaatsabbau) kombiniert.

GESUNDHEIT

Dass die Linke und die SPD die Wohlfahrtsthemen so stark betonen, spiegelt sich auch in ihrem Plan wider, das deutsche Gesundheitssystem vollständig zu reformieren. Die SPD will eine »Bürgerversicherung« einführen, die alle Gesundheits- und Pflegebereiche abdeckt, was den Forderungen der Linken nach einer »solidarischen Gesundheitsversicherung« und einer »solidarischen Pflegevollversicherung« entspricht. Dies würde das deutsche Krankenversicherungssystem, das traditionell in eine gesetzliche und eine private Säule unterteilt ist, enorm verändern. Angesichts der Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie sind sich alle Parteien einig – wenn auch in unterschiedlichem Maße, dass das Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen benötigt. Außerdem betonen alle die Wichtigkeit der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und wollen diese stärken – insbesondere hinsichtlich ambulanter Dienstleistungen. Was die Finanzierung der Krankenhäuser betrifft, schlagen SPD und Grüne vor Fallpauschalen kritisch zu prüfen, während sich Linke und AfD direkt für deren Abschaffung aussprechen. Darüber hinaus wollen die Linke und die Grünen, dass Krankenhäuser ihrem sozialen Auftrag entsprechen und daher öffentlich finanziert werden. Dies lehnt die FDP ab und wendet sich gegen die ungleiche Behandlung privater, öffentlicher und konfessioneller Anbieter:innen.

Ein besonderes Thema ist schließlich die Diskussion um den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuchs, der das Veröffentlichen von weitergehenden Informationen über Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt. Die SPD, die FDP, die Linke und die Grünen wollen diesen Paragraphen abschaffen; sie bekennen sich zu einem sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und fordern umfassende Informationen darüber. CDU/CSU wiederum behandelt dieses Thema überhaupt nicht und die AfD schließlich nimmt eine klare Gegenposition ein. Sie fordert eine verpflichtende Beratung, mit dem Ziel Abbrüche zu verhindern.

FAMILIEN

Alle Parteien wollen die Unterstützung für Familien stärken. Beispielhaft betrachten wir hier ihre Pläne für das Kindergeld oder den Kinderfreibetrag sowie die Elternzeit: Die SPD will

ein neues progressives Kindergeld einführen, das vom Einkommen der Eltern abhängig ist, mindestens 250 und höchstens 500 Euro monatlich beträgt und das bisherige Kindergeld ersetzt. Dies ähnelt dem Vorschlag der Grünen, eine Kindergrundsicherung einzuführen, die bestehende soziale Zuwendungen für Eltern und Kinder mit einer einkommensabhängigen Sonderzahlung verbindet. Die FDP schlägt ein »Kinderchancengeld« vor, das aus einer Grundsicherung, einem flexiblen Betrag und einem nichtmateriellen Chancenpaket besteht. Allerdings legt sie nicht fest, wie hoch die flexible Zuwendung sein soll, und gibt ebenso wenig wie die Grünen genaue Zahlen an. Die Linke tritt – unabhängig vom Einkommen der Eltern – für ein Kindergeld in Höhe von 328 Euro ein. Kinder aus armen Familien sollen zusätzlich eine Zuwendung von bis zu 302 Euro bekommen, wobei der genaue Betrag von ihrem Alter abhängen soll und nicht vom Einkommen ihrer Eltern. Die CDU/CSU schlägt ein System des steuerlichen »Kindersplittings« vor, das dem bereits bestehenden Ehegattensplitting ähneln soll. Sie will die Zuwendungen für Familien durch Automatisierung und Digitalisierung vereinfachen und die Steuererleichterungen für alleinerziehende Eltern erhöhen. Die AfD sorgt sich um einen »Missbrauch« des Kindergelds: Sie will es für Kinder, die im Ausland leben, auf einen Betrag reduzieren, der dem Land entspricht, wo sie wohnen. In Deutschland will sie das Kindergeld erhöhen und eine volle steuerliche Abschreibung für kinderbezogene Ausgaben ermöglichen.

Die Linke fordert eine Verlängerung des Elterngelds auf zwölf Monate pro Elternteil (24 Monate für Alleinerziehende) und eine Erhöhung des Mindestsatzes. Die Grünen wollen eine »KinderZeit Plus« einführen, um damit das Elterngeld auf 24 Monate (acht Monate pro Elternteil plus acht Monate zur flexiblen Verwendung) zu verlängern. Die SPD schlägt vor das »ElterngeldPlus«, »zu einer flexiblen, geförderten Elternteilzeit nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes« auszubauen. Die FDP will die Elternzeit lediglich dann auf bis zu 15 Monate erhöhen, wenn eine:r der Partner:innen mindestens drei Monate davon nimmt. Sie schlägt – entsprechend dem Mutterschutz – die Einführung eines Partnerschutzes vor, in dessen Rahmen Alleinerziehende beispielsweise andere Familienmitglieder bestimmen können, die sie nach der Geburt unterstützen. Darüber hinaus fordert die FDP eine zeitweise Aussetzung der erzwungenen Amtsniederlegung für Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder und andere Führungskräfte, die Elternzeit in Anspruch nehmen. Die CDU/CSU will das Elterngeld auf 16 Monate verlängern, wenn die Elternzeit sowohl vom Vater als auch von der Mutter in Anspruch genommen wird. Die AfD schließlich setzt sich für eine »geburtenfreundliche« Familienpolitik und die stärkere Anerkennung von Familienarbeit ein. Sie will die Kinderbetreuung für die ersten drei Jahre mit einem Betreuungsgeld subventionieren, das entweder an die Eltern oder an die Großeltern ausbezahlt werden kann.

RENTEN

Während die SPD und die Grünen das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent belassen möchten, will es die Linke

auf 53 Prozent erhöhen, und für jene, die seit mindestens 40 Jahren in die Rentenkasse eingezahlt haben, das reguläre Renteneintrittsalter auf 60 Jahre senken. Die Grünen und die SPD wollen das Renteneintrittsalter bei 67 Jahren belassen, CDU/CSU wollen es zwar ebenfalls nicht senken, sprechen sich aber auch nicht klar dafür aus es nicht zu erhöhen. Die FDP will mehr Flexibilität und alle über 60 Jahren, die mindestens den Anspruch auf eine garantierte Mindestrente erworben haben, selbst entscheiden lassen, wann sie in den Ruhestand gehen. Mehr Flexibilität beim Renteneintritt oberhalb des offiziellen Eintrittsalters wird auch von den Grünen und der AfD gefordert. Alle Parteien bis auf die SPD erwähnen, dass sie die Doppelbesteuerung der Renten abschaffen wollen. Während die CDU/CSU, die SPD und die Grünen die Freiberufler:innen, die nicht anderweitig versichert sind, dazu verpflichten wollen, der gesetzlichen Rentenversicherung beizutreten, möchte die FDP die freie Wahlmöglichkeit beibehalten. Alle Parteien bis auf die AfD befürworten die Betriebsrenten und wollen sie erweitern. Außerdem stimmen alle der Notwendigkeit einer Grundrente zu. Die FDP will zusätzlich auch noch eine gesetzliche Aktienrente einführen. Eine Angleichung des Rentenniveaus zwischen Ost und West wird von der Linken, der SPD und der AfD vorgeschlagen. Die Grünen wiederum möchten altersgerechte Städte schaffen und die Teilhabe der Rentner:innen an der digitalen Welt verbessern.

ARBEITSLOSIGKEIT UND SOZIALE SICHERHEIT

2003 hat die rot-grüne Koalition Hartz IV (oder das »Arbeitslosengeld/ALG II«) eingeführt. 18 Jahre später erwähnt die SPD keinen dieser Begriffe auch nur einmal in ihrem Wahlprogramm. Während die Linke und die Grünen Hartz IV abschaffen und stattdessen ein Mindesteinkommen einführen wollen, schlägt die SPD die Entwicklung eines »Bürgergelds« vor, dessen Höhe für ein »Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen« soll. Alle drei Parteien wollen Sanktionen abschaffen und die Arbeitslosenversicherung auf Freiberufler:innen ausweiten. Die FDP hingegen will das Niveau der Sozialausgaben auf 50 Prozent des Staatshaushalts begrenzen und schlägt (statt ALG II) ein »liberales Bürgergeld« in einheitlicher Höhe und unter Berücksichtigung eines »Schonvermögens« vor. Diese Forderung wird auch von der AfD erhoben. Die CDU/CSU erwähnt den Begriff »Sozialstaat« überhaupt nicht und lehnt ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Darüber hinaus will sie die Sanktionsmechanismen beibehalten, aber die Regeln für Zusatzeinkommen junger Erwachsener unter 21 Jahren ändern. Die AfD plant, den Zugang zum deutschen Sozialsystem auf EU-Ausländer zu begrenzen und das Arbeitslosengeld (ALG I) abhängig von der Länge des vorherigen Arbeitsvertrags zu erweitern. Weiterhin schlägt sie vor, die Arbeitslosenversicherung durch Beitragssenkungen zu reformieren, um die Löhne der Beschäftigten zu steigern.

Hinsichtlich des Mindestlohns können die Parteien in zwei Gruppen unterteilt werden: Die FDP will das Lohnniveau für Mini- und Midijobs an den momentanen Mindestlohn

anpassen, die Union will das gleiche für Minijobs; die AfD wiederum will es so lassen, wie es ist. Die anderen drei Parteien hingegen möchten den Mindestlohn auf 12 (Grüne und SPD) bzw. 13 Euro (die Linke) erhöhen. Darüber hinaus wollen die Grünen und die Linke bestehende Ausnahmen (z. B. für Menschen unter 18) und die Anrechnung von Zuschlägen für Schichtarbeit oder Überstunden abschaffen.

BILDUNG

Wie beschrieben neigt die FDP – verglichen mit den anderen Parteien – weniger zu einer Erweiterung des Wohlfahrtsstaats. Bei der Bildungspolitik hingegen ist es umgekehrt. Dieses Thema ist der FDP wichtiger als allen anderen Parteien, was der liberalen Idee der Chancengleichheit entspricht. Statt die Bürger:innen mit einem starken Wohlfahrtsstaat zu unterstützen, wollen sie in Bildung investieren, um den Menschen die Chance zu geben, etwas aus ihrem Leben zu machen – ob sie dabei erfolgreich sind, liegt dann an ihnen selbst.

Im Einklang mit diesem Ziel plant die FDP, ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bildung zu investieren. Darüber hinaus wollen sie den bildungspolitischen Föderalismus so reformieren, dass Bund und Länder besser zusammenarbeiten können, und die Verfassung entsprechend anpassen – ein Vorschlag, dem auch die Grünen zustimmen, der aber von der CDU/CSU abgelehnt wird. Die drei linksgerichteten Parteien interessieren sich besonders für Fragen der Ausbildungsqualität: Sowohl die Grünen als auch die Linke fordern mehr inklusive und sozial diverse Schulen, und die SPD setzt sich für eine »Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung« ein. Die AfD hingegen will – wie auch die FDP – für Kinder mit besonderen Bedürfnissen getrennte Schulen beibehalten. Sie begründen dies mit einer Wahlfreiheit für Kinder und Eltern.

Ein Thema der weiterführenden Ausbildung, das alle Parteien außer der AfD ansprechen und ausweiten wollen, ist das Ausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für Studienkredite. Die Linke, die Grünen und die FDP wollen die Bezugsmöglichkeit vom elterlichen Einkommen unabhängig machen. Die SPD, die Linke und die FDP wollen Altersgrenzen abschaffen, und die CDU/CSU will sie durch Obergrenzen ersetzen. Die FDP plant, eine neue Grenze (Regelstudienzeit plus zwei Semester) einzuführen, während die Linke die Bezugsberechtigung an die tatsächliche Durchschnittsdauer des Studiums anpassen und von Leistungsbeurteilungen trennen möchte. Die SPD setzt sich für ein »Neustart-BAföG« zur Ausbildung von Erwachsenen ein – ähnlich dem, was die Grünen »Weiterbildungs-BaföG« nennen und die Union als »Aufstiegs-BAföG« bezeichnet.

GLEICHHEIT

In den Programmen der Parteien spielt nicht nur die klassische Frage der Ausweitung oder Einschränkung des Wohlfahrtsstaats eine wichtige Rolle, sondern auch das Thema

der sozialen Gleichheit. Dabei kann es um wirtschaftliche Unterschiede (wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die von der SPD, den Grünen und der Linken gefordert und von CDU/CSU, FDP und AfD abgelehnt wird) gehen, aber auch um Diskriminierung aufgrund von zum Beispiel Ethnie oder Geschlecht. Beispielsweise wollen alle Parteien mehr Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen – insbesondere was Arbeit, Ausbildung und Barrierefreiheit betrifft. Darüber hinaus werden in die Diskussion um gleiche Möglichkeiten und faire Vertretung ausdrücklich auch Menschen mit Migrationshintergrund (von den Grünen und der Linken) und Ostdeutsche (von der Linken) einbezogen. Während Gleichheit das Thema ist, das die Grünen und die Linke am häufigsten und die SPD und FDP am zweithäufigsten ansprechen, steht es in den Programmen der CDU/CSU und der AfD nur an elfter Stelle.

Was LGBTIQ-Themen betrifft, will die SPD das Transsexuellengesetz reformieren, während FDP und Grüne es abschaffen wollen. Die SPD, die FDP, die Grünen und die Linke setzen sich für mehr Selbstbestimmung ein, um die Änderung des Geschlechts und des Namens zu erleichtern. Die AfD hingegen lehnt Geschlechtsumwandlungen bei Kindern und Jugendlichen ab und widersetzt sich einer »Frühsexualisierung« und »Sexualpädagogik der Vielfalt«. Für sie besteht eine Familie aus Vater, Mutter und Kindern. Alle anderen Parteien außer der CDU/CSU, die das Thema der LGBTIQ-Rechte gar nicht erwähnt, wollen die Rechte dieser Menschen und nicht heteronormativer Familien hinsichtlich Heirat, Elternschaft und Adoptionen reformieren.

4

MASSNAHMEN GEGEN POTENZIELLE BEDROHUNGEN DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS, DER DEMOKRATIE UND DES RECHTSSTAATS

Nicht erst seit Beginn der COVID-19-Krise wird die Notwendigkeit und Bedeutung des sozialen Zusammenhalts für die Demokratie betont. Die Polarisierung zwischen den Parteien und den Wählerinnen und Wählern nimmt zu (Weßels 2021), das zeigt, die Herausforderung für die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt ist groß. Dabei, wie die Parteien bestimmte Bedrohungen für die Gesellschaft wahrnehmen und wie sie mit ihnen umgehen wollen, gibt es aber klare Unterschiede: Die SPD spricht zunächst allgemein von »Extremisten und Terroristen«, die »unsere freie Gesellschaft« bedrohen, beschäftigt sich dann aber vor allem mit den Gefahren des Rechtsextremismus und des Islamismus. Sie betrachtet mehr soziale Gerechtigkeit als Mittel, um diese Gefahr zu bekämpfen. Auch die FDP arbeitet mit dem allgemeinen Konzept des Extremismus (nur Antisemitismus wird gesondert diskutiert), betrachtet aber wissenschaftliche Forschung und die darauf beruhende Vorbeugung gegen Radikalisierungsprozesse als zentrale Antwort.

Die Grünen und die Linke sehen den Extremismus von rechts als größte Bedrohung der deutschen Gesellschaft – die Grünen auf subtilere und die Linke auf sehr offensichtliche Weise. Letztere widmet Teile ihres Programms explizit der Gefahr des Rechtsterrorismus, diskutiert vergangene Anschläge und kritisiert die Tatsache, dass rechte Ideen in Teilen der Gesellschaft und der Sicherheitsbehörden auf fruchtbaren Boden fallen. Insbesondere setzt sie sich dafür ein, NROs, die momentan von Teilen der Gesellschaft als linksextrem »kriminalisiert« werden, bei ihrer Arbeit gegen den Rechtsextremismus zu unterstützen. Im Gegensatz zu dieser klaren Priorität beginnen die Grünen mit der Aussage, der Terrorismus stelle insgesamt eine akute Gefahr für eine offene Gesellschaft dar. Als Quellen dafür erwähnen sie explizit sowohl Rechtsextremismus als auch islamistischen Terror. In anderen Teilen des Programms erklären sie es für nötig, rechtsextremistische Netzwerke aufzulösen, und fordern unter anderem die Einführung eines Archivs über rechten Terror, das als Grundlage für vertiefte wissenschaftliche Forschung zur Bedrohung durch Rechtsextremisten dienen könne. Während die Linke also ihre Priorität ausdrücklich formuliert, erkennt man die stärkere Betonung des Rechtsextremismus durch die Grünen in erster Linie daran, dass er umfassender und detaillierter diskutiert wird als andere extremistische Weltanschauungen.

Auch die CDU/CSU und die AfD setzen bei ihrer Risikoeinschätzung klare und voneinander abweichende Prioritäten: Während die CDU/CSU den Rechtsextremismus als die »größte Bedrohung für unsere offene Gesellschaft« bezeichnet, widmet die AfD dem Linksextremismus und Straftaten durch »Ausländer« in ihrem Wahlprogramm ein gesondertes Kapitel. Rechtsextremismus erwähnt die AfD dagegen nur einmal. Gemeinsam ist der Union und der AfD die Forderung nach schärferen Gesetzen und stärkeren, modernisierten Sicherheitsbehörden.

Insgesamt schlagen die Parteien also durchaus unterschiedliche Maßnahmen vor, mit denen sie den sozialen Zusammenhalt, die Demokratie und den Rechtsstaat stärken wollen, um die Gesellschaft und ihre Institutionen gegen solche Bedrohungen resistent zu machen.

SOZIALER ZUSAMMENHALT

Im Programm der AfD taucht das Wort »Solidarität« nur zweimal auf (im Zusammenhang mit der Stabilität von Ehen). Stattdessen lehnt die Partei Antidiskriminierungsgesetze ab und betont die individuelle Freiheit. Bei der SPD hingegen bekommt Solidarität viel Aufmerksamkeit, da die SPD sie als Voraussetzung für den Kampf gegen die Polarisierung der Gesellschaft und für gleichberechtigte Teilhabe betrachtet. Darüber hinaus erachtet die SPD Diversität als gesellschaftliche Stärke. Sie ruft zu gegenseitigem Respekt auf und wendet sich gegen Diskriminierung. Die Union fordert eine Gesellschaft, die zusammenhält und individuelle Freiheit und gemeinsame Verantwortung als voneinander abhängig betrachtet. Sie sieht das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft als »praktizierte Solidarität« und will ehrenamtliche Tätigkeit und Digitalisierung in Form ehrenamtlicher Digitalbotschafter:innen miteinander verbinden. Die Grünen betonen, in Krisenzeiten könnten die Schwächsten nur durch Solidarität geschützt werden, und die Linke betrachtet soziale Sicherheit als Voraussetzung für Solidarität.

Ehrenamtliche Arbeit wollen die SPD, die FDP, die Union, die Linke und die Grünen stärken. Dafür will die SPD ein bundesweites »Freiwilligengeld« und für alle unter 27 Jahren ein Recht auf Zuwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten einführen. Auch die Union will das »Taschengeld« für Freiwilligendienstleistende anpassen und einen Rechtsanspruch

darauf einführen. Die FDP setzt sich für eine Entlohnung innerhalb des »Bundesfreiwilligendienstes« ein, der mit freiwilligem Militärdienst vergleichbar ist – und für die Möglichkeit von Teilzeitmodellen, um neue Zielgruppen zu erreichen. Allerdings lehnt sie einen verpflichtenden sozialen oder militärischen Dienst ab. Die Grünen wollen die jährlichen Plätze verdoppeln sowie das »Taschengeld« auf ein einheitliches Niveau erhöhen und durch kostenlose Tickets im öffentlichen Verkehr ergänzen. Die letztere Idee wird auch von der Linken unterstützt, auch wenn sie betont, ehrenamtliche Tätigkeit dürfe keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ersetzen. Im Programm der AfD wird ehrenamtliche Tätigkeit dagegen gar nicht erwähnt.

Alle Parteien betonen außerdem die Bedeutung der Kultur und des Sports für den sozialen Zusammenhalt, Respekt und gegen Diskriminierung. Die SPD will Kultur sogar als staatliches Ziel in der Verfassung verankern, und Linke und die Grünen setzen sich für mehr Diversität sowohl im Sport als auch in der Kultur ein. Die AfD, die einzige Partei, die den Begriff »Leitkultur« verwendet, will hingegen nicht, dass die deutsche Kultur durch etwas ersetzt wird, was sie »Verfassungspatriotismus« nennen.

DEMOKRATIE UND IHRE (WAHRGENOMMENEN ODER REALEN) DEFIZITE

Alle deutschen Parteien bekennen sich zur Demokratie, aber heben bestimmte Aspekte verschieden stark hervor und haben unterschiedliche Wahrnehmungen dessen, was die Demokratie bedroht. Um die Pressefreiheit und Journalist:innen besser zu schützen, setzt sich die FDP dafür ein, Angriffe auf diese in der Kriminalstatistik separat aufzuführen. FDP, Linke und AfD wollen Whistleblower vor rechtlichen Konsequenzen schützen. Die AfD beschuldigt die »Mainstream-Medien«, sie hätten ihre Rolle als vierte Gewalt aufgegeben und seien in ihrer Berichterstattung nicht mehr kritisch und objektiv, sondern voreingenommen. Sowohl die FDP als auch die Union wollen Hasskommentare in den sozialen Medien bekämpfen, die ihrer Ansicht nach zu noch mehr Radikalisierung und Extremismus beitragen.

Für eine starke Demokratie fordern SPD, FDP und CDU/CSU mehr politische Ausbildung in Schulen (FDP und Union) und anderswo, beispielsweise durch Bildungsurlaub für Arbeitnehmer:innen (SPD). Darüber hinaus wollen einige Parteien die politische Beteiligung junger Menschen fördern, indem sie das Mindestwahlalter auf 16 Jahre senken: Die SPD schlägt dies für Wahlen auf allen Ebenen vor, während FDP und Grüne nur die Bundestagswahlen und die Wahlen zum Europäischen Parlament benennen. Die Linke geht sogar noch weiter und fordert ein Mindestwahlalter von 14 Jahren bei Wahlen auf allen Ebenen. Da eine starke Demokratie auch Unterstützung aus der Zivilgesellschaft benötigt, äußern die Parteien auch Ideen darüber, wie man diese stärken könnte: Die SPD will den Katalog der gemeinnützigen Zwecke verändern, um es steuerprivilegierten Institutionen wie Verbänden zu ermöglichen, politisch aktiv zu werden,

und die Union will die »Demokratiemerkel« wieder einführen, um zu gewährleisten, dass sich Empfänger:innen von Zuwendungen zur demokratischen Grundordnung bekennen. Beide Forderungen werden auch von den Grünen unterstützt.

Außerdem unterscheiden sich die Parteien hinsichtlich ihrer Ansichten und vorgeschlagenen Maßnahmen zu mehr direkter Demokratie. Während die CDU/CSU lediglich digitalisierte Verfahren wie »Hackathons« einsetzen will, um Lösungen zu fördern, die direkt von den Bürger:innen stammen, schlägt die FDP vor, das Petitionsrecht um das sogenannte »Bürgerplenarverfahren« zu erweitern. Weiterhin unterstützt sie zufällig ausgewählte Bürger:innenräte, wofür sich auch die Linke und die Grünen einsetzen. Darüber hinaus will die Linke Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen auf Bundesebene einführen und setzt sich sogar für ein Vetorecht der Menschen gegen parlamentarische Entscheidungen ein. Während die SPD ziemlich abstrakt bleibt, ist die AfD in ihren Forderungen am konkretesten und radikalsten: Sie will mehr direkte Volksbeteiligung entsprechend dem Schweizer Modell, darunter auch das Recht, Gesetzesinitiativen einzuführen.

Um Lobbyismus und Korruption zu bekämpfen, fordern die Linke und die Grünen ein transparenteres Lobbyregister mit weniger Ausnahmen. Die AfD setzt sich dafür ein, die Amtszeit von Parlamentsmitgliedern (auf vier Legislaturperioden) und des/der Bundeskanzlers:in (auf zwei Amtszeiten) zu begrenzen. Letzteres wird auch von FDP und Grünen geteilt. Darüber hinaus will die AfD verhindern, dass der/die Bundeskanzler:in und die Ministerpräsident:innen gleichzeitig Parlamentsmitglieder sind (strikte Gewaltenteilung). In diesem Zusammenhang will sie auch die parlamentarischen Staatssekretäre abschaffen.

Eine Besonderheit ist, dass die AfD einen parlamentarischen COVID-19-Untersuchungsausschuss fordert, da sie die Regierung beschuldigt, während der COVID-19-Krise das Parlament umgangen zu haben. Auch die Linke fordert bei Einschränkungen in Krisenzeiten mehr parlamentarische Beteiligung.

DIE VERTEIDIGUNG DES RECHTSSTAATS

Gemeinsam setzen sich die CDU/CSU, die SPD und die FDP für einen starken und durchsetzungsfähigen Rechtsstaat ein. Die FDP und die Grünen formulieren die Absicht, das Justizsystem zu reformieren und zu modernisieren. Beide fordern eine Verringerung der Arbeitsbelastung durch mehr Personal und effizientere Strukturen sowie die Digitalisierung der Behörden und des Rechtssystems. Für die AfD liegt der Schwerpunkt hingegen darauf, dass sie die Justiz als politisch voreingenommen betrachtet. Daraus folgend wollen sie die Justiz »entpolitisieren« und die Personalausstattung der Staatsanwaltschaft und der Justiz von dem befreien, was sie unter politischem Einfluss verstehen. Damit stellt das AfD-Programm den potenziell stärksten Eingriff in das Rechtssystem dar.

Ein Thema, das sowohl im Programm der Union als auch in dem der AfD völlig fehlt, betrifft die stets neuen Fälle rechtsradikaler Strukturen innerhalb der deutschen Sicherheitsbehörden. Angesichts ihrer starken Betonung der allgemeinen gesellschaftlichen Gefahren durch Rechtsextremist:innen überrascht es, dass die Union dieses Thema völlig aus der Diskussion heraushält. Die SPD hingegen spricht es sowohl im Fall der Armee als auch der Polizei an und schlägt bessere Überwachung, Ausbildung und Arbeitsbedingungen als Lösungen vor. Die AfD will den Geheimdienst reformieren, da sie glaubt, er werde momentan als parteipolitisches Instrument gegen politische Gegner:innen verwendet, dem sie durch ihre Reform entgegenwirken will. Die Linke geht in ihren Forderungen noch weiter und setzt sich aus diesem Grund für die Auflösung des deutschen Verfassungsschutzes ein. Im Gegensatz zur Meinung der AfD neigt er ihrer Ansicht nach aber dazu, politisch rechte Strukturen zu fördern anstatt sie zu bekämpfen. Daher fordert sie die Behörden auf, solche Strukturen in den öffentlichen Sicherheitskräften und der Armee ins Visier zu nehmen und zu untersuchen. Dieser Aufruf, rechtsextreme Strukturen stärker zu beachten, wird von den Grünen unterstützt, die sich auch für eine stärkere Diversität in der Bundeswehr einsetzen, um der Bildung radikaler Strukturen vorzubeugen.

5

ZUKÜNFTIGE UND AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

Auch wenn die COVID-19-Pandemie in den letzten anderthalb Jahren fast alle anderen Politikbereiche überschattet hat, gab es eine Reihe anderer Herausforderungen, die in der deutschen Politik eine große Rolle gespielt haben und dies weiterhin tun werden. Die wichtigste von ihnen ist wohl der Klimawandel. Die zweite ist die Digitalisierung, die während der Pandemie erheblich an Aufmerksamkeit gewonnen hat. Und schließlich das Thema Migration, das bei der letzten Wahl eine wichtige Rolle gespielt hat.

KLIMAWANDEL

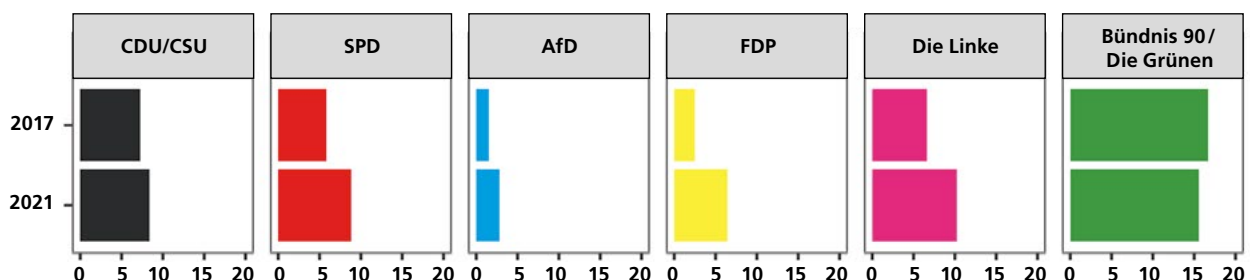
Die Themenbereiche Klimawandel, Umwelt und Nachhaltigkeit könnten als ein – wenn nicht sogar der – Schwerpunkt der Wahl von 2021 bezeichnet werden. 2019 hielt erstmals eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Bereich Umwelt/Klima/Energiewende für das mit Abstand wichtigste Problem (Forschungsgruppe Wahlen 2021). Danach wurde das Thema von Politiker:innen, Bürger:innen und den Medien aufgrund der enormen Bedeutung der COVID-19-Pandemie jedoch weniger beachtet, und auch die Mobilisierungskapazitäten von Klimaaktivisten wie Fridays for Future, die 2019 in Deutschland sehr erfolgreich waren, waren eingeschränkt. Aber im Wahlkampf 2021 hat das Thema wieder stark an Bedeutung gewonnen – auch aufgrund der bahnbrechenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29.3.2021, welche die Regierung dazu zwingt, ihre umweltpolitischen Bemühungen zu verstärken, um drastische Folgen für zukünftige Generationen zu vermeiden (BVerfG 2021).

Dass diese Themen für wichtig gehalten werden, zeigt auch Abbildung 5, die verdeutlicht, wie stark die einzelnen Parteien Umwelt und Nachhaltigkeit betonen. Außer den Grünen haben alle Parteien ihre Betonung des Themas verstärkt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß: Verglichen mit 2017 widmen ihm die Linke, die SPD und die FDP zusätzliche 2,5 Prozentpunkte ihrer Programme, die CDU/CSU und die AfD einen zusätzlichen Prozentpunkt. Die Grünen haben als einzige die Betonung des Themas nicht erhöht, denn auch so geben sie dem Thema die bei weitem stärkste Aufmerksamkeit. Sie verwenden es als übergeordnetes Framing, in dessen Kontext sie andere Politikbereiche diskutieren. Insgesamt widmen sie ihm über 15 Prozent ihres Programms. Mit 2,5 Prozent erwähnt die AfD das Thema mit Abstand am wenigsten. Die anderen Parteien befinden sich mit 10 Prozent (die Linke) und 6 Prozent (FDP) zwischen diesen beiden Extremen. Da die Parteien in ihren Programmen auch viele andere Sachverhalte behandeln, ist es im Mittel eine durchaus beachtliche Bedeutung, die die Parteien dem Thema geben. Allgemein kann man sagen, dass das Thema 2021 von den (Mitte-)Linksparteien stärker unterstützt wird als von den (Mitte-)Rechtsparteien.

Die Hauptaspekte dieses Themenbereichs sind Energieerzeugung (erneuerbar oder fossil), Transport (Auto- und Flugverkehr oder öffentlicher Verkehr, Fahrräder usw.), Nachhaltigkeit, Artenvielfalt und Naturschutz, allgemeine Lösungen des CO₂-Problems und der Umgang mit internationalen Abkommen. Insgesamt ist die Ausrichtung der Grünen, der Linken, der SPD, der CDU/CSU und der FDP

Abbildung 5

Anteil der Aussagen zu Themen im Zusammenhang mit dem Klimawandel in den Wahlprogrammen für 2021



Anmerkung: Um zu messen, wie oft die Parteien insgesamt über Themen im Zusammenhang mit dem Klimawandel sprechen, wurden die Anteile der beiden Manifesto-Projekt-Kodes 416.2 (Nachhaltigkeit) und 501 (Umweltschutz) kombiniert.

durch einen Übergang hin zu mehr Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, Recycling und Artenvielfalt geprägt. Dabei unterscheiden sich die Parteien allerdings in ihrer Zeitplanung, ihrer Ausgabenplanung sowie der Betonung und der Konkretheit ihrer Vorschläge. Deshalb haben wir uns ihre Vorschläge in diesen Bereichen genauer angeschaut.

Bei der wichtigen Frage der Energieerzeugung kann man – außer bei der AfD – einen klaren und breiten Konsens dafür erkennen, den Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien zu fördern, obwohl sich die Vorschläge hinsichtlich der Schnelligkeit und Konkretheit der vorgeschlagenen Maßnahmen erheblich unterscheiden. Ein wichtiges nationales Thema zum Klimawandel und zur Energieerzeugung ist die Kohle, da sie in Deutschland eine lange Tradition hat und sich ihre Industrien in wirtschaftlich rückläufigen Regionen West- und Ostdeutschlands befinden. Alle Parteien – außer der AfD – setzen sich nun dafür ein, die Energieerzeugung durch Kohle zu beenden. Da die aktuelle Regierung (mit dem »Kohlekompromiss«) bereits den Plan verfolgt, bis zum Jahr 2038 aus der Kohle auszusteigen, unterscheiden sich die Parteien nicht nur hinsichtlich ihrer konkreten Vorschläge, sondern auch darin wie sie den Ausstieg bewerten. Die Grünen und die Linken möchten ihn noch beschleunigen, und die SPD behält sich die Möglichkeit eines früheren Ausstiegs vor, indem sie argumentiert, je schneller man die erneuerbaren Energien ausbaue, desto eher könne man die fossilen Energieträger loswerden. Die CDU/CSU konzentriert sich auf den zweiten Teil des Kohlekompromisses, indem sie betont, die betroffenen Regionen, Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen bei ihrem Übergang hin zu neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten unterstützen zu wollen. Die FDP argumentiert lediglich, aufgrund des Ausstiegs aus Kohle und Kernkraft sei es nötig, die Energiesysteme wegen der Schwankungen bei den erneuerbaren Energien mehr Stresstests zu unterziehen. Die einzige klare Opposition kommt hier von der AfD, die den Ausstieg aus Kohle und Kernkraft rückgängig machen will.

Hinsichtlich des Transportsektors, der allein für ein Drittel des deutschen Primärenergiebedarfs verantwortlich ist (BMVI 2020/21, S.302), sehen die meisten Parteien die Notwendigkeit drastischer Veränderungen. Allerdings sprechen nur die drei linksgerichteten Parteien von einer »Verkehrswende«. Dazu wollen die Grünen und die Linke die Herstellung von Verbrennungsmotoren bis 2030 komplett einstellen, während die SPD bis dahin mindestens 15 Millionen vollständig elektrisch betriebene Autos auf die Straßen bringen will. CDU/CSU und FDP wollen für verschiedene Arten von Technologien offen bleiben, sehen aber den Bedarf an klimafreundlichen Alternativen. Die Linken, die Grünen, die SPD und die CDU/CSU wollen in Züge und öffentliche Transportsysteme investieren, um die Bereitschaft der Menschen zu erhöhen, auf diese Systeme umzusteigen. Die AfD hingegen spricht von »Klimahysterie« und will, dass das Auto das bevorzugte Transportmittel der Deutschen bleibt.

Verglichen mit 2017 hat Nachhaltigkeit in fast allen Parteiprogrammen an Bedeutung gewonnen. Einzige Ausnahme sind die Grünen, die dem Thema im Vergleich zu 2017 zwar

nicht mehr Aufmerksamkeit schenken, mit acht Prozent ihres Programms, die der Nachhaltigkeit gewidmet sind, aber immer noch die Partei sind, die dieses Thema am stärksten in den Vordergrund stellt. Die SPD und die Linke haben ihre Betonung des Themas jeweils um etwa zwei Prozentpunkte auf fünf Prozent erhöht. Am wenigsten salient ist es bei der AfD mit 0,3 Prozent, was allerdings bereits eine Steigerung gegenüber 2017 darstellt, als Nachhaltigkeit in ihrem Programm überhaupt nicht erwähnt wurde.

In Verbindung mit dem Konzept der Nachhaltigkeit schlagen Grüne, Linke und CDU/CSU vor, regionalen Lebensmittelkonsum zu fördern. Neben der verbesserten Nachhaltigkeit haben sie dabei auch die Vorteile für inländische Landwirt:innen (CDU/CSU) und lokale Unternehmen (Grüne) im Blick. Die Linke sieht dies als Möglichkeit, die Marktmacht der großen Konzerne zu verringern. Auch die AfD will regionale Lebensmittel stärken, begründet dies allerdings mit der Unterstützung nationaler Produzent:innen, die die Unabhängigkeit Deutschlands gewährleisten sollen. Um es den Verbraucher:innen zu erleichtern, sich für nachhaltige (SPD und CDU/CSU) und regionale (Grüne und CDU/CSU) Waren zu entscheiden, schlagen einige Parteien bessere und einheitlichere Kennzeichnungen vor. In diesem Zusammenhang spielt auch der Schutz von Natur und Artenvielfalt in allen Parteiprogrammen eine Rolle, auch wenn die FDP und die AfD dabei nicht ins Detail gehen. Interessant, aber nicht überraschend ist in diesem Kontext auch, dass die CDU/CSU dieses Thema religiös konnotiert und von der Bewahrung der Schöpfung spricht.

Was internationale Vereinbarungen betrifft, unterstützen fünf der sechs Parlamentsparteien in ihren Wahlprogrammen aktiv das Abkommen von Paris. Nur die AfD will diese Übereinkunft rückgängig machen, genau wie sie sich massiv gegen einen »Green New Deal« ausspricht. Ein großes Thema in Verbindung mit dem Pariser Abkommen ist das Jahr, bis zu dem Deutschland klimaneutral werden soll. Die Linke will dies bis 2035 erreichen, die Grünen bis 2041, die SPD und die CDU/CSU bis 2045, und die FDP und die AfD machen dazu keine konkreten Angaben. Die FDP erwähnt allerdings, dass Deutschland sich bereits mit 2050 einverstanden erklärt habe.

DIGITALISIERUNG

Auf den Politikbereich der Digitalisierung hatte die Corona-Pandemie einen sichtbaren und dauerhaften Einfluss. Da, wo immer möglich, zu Heimarbeit und zur Vermeidung persönlicher Kontakte aufgerufen war, wurde die nötige digitale Infrastruktur zu einem Hauptschwerpunkt der allgemeinen politischen Aufmerksamkeit. Wie erwartet, spiegeln sich diese Eindrücke auch in den Wahlprogrammen der Parteien wider. Insbesondere überrascht dabei, wie stark hier alle Parteien hinsichtlich der grundlegenden Probleme und wichtigen Themen übereinstimmen.

Eine große Rolle spielt die Anpassung der Arbeitsmarktpolitik an die neue »digitalisierte« Wirklichkeit während der

COVID-19-Pandemie. Mit Ausnahme der AfD erwähnen alle Parteien das Thema »Homeoffice«. Die drei sozioökonomisch linksgerichteten Parteien (SPD, Grüne und Linke) setzen sich direkt für ein Recht auf Heimarbeit oder andere Arten mobiler Arbeit ein. Zusätzlich hat die SPD eine Mindestgrenze formuliert: Arbeitnehmer:innen sollten berechtigt sein, (bei einer regulären Fünftagewoche) mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten zu können. Die Grünen und die Linke gehen hinsichtlich eines solchen Rechts sogar noch weiter und beschränken es nicht auf eine bestimmte Anzahl an Tagen. Als einzige Bedingung legen die drei Parteien fest, dass es möglich sein muss, die Arbeit aus der Distanz zu erledigen. Außerdem ist es ihnen wichtig, dass es dabei um das Recht der Arbeitnehmer:innen geht, immer die Wahl zwischen Heim- und Büroarbeit zu haben.

Auch die beiden wirtschaftsliberalen Parteien CDU/CSU und FDP befürworten prinzipiell mehr Freiheit für Arbeitnehmer:innen, mobil zu arbeiten. Anstatt Angestellten direkte rechtliche Möglichkeiten dazu zu geben, schlagen sie allerdings andere Wege vor: Die FDP konzentriert sich auf die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen und möchte gesetzlich festlegen, dass alle Beschäftigten zumindest beantragen können, von zu Hause aus zu arbeiten. Lehnt der oder die Arbeitgeber:in einen solchen Antrag ab, muss dies erklärt und begründet werden. Die CDU/CSU macht gar keine rechtlich bindenden Vorschläge. Sie wünscht sich zwar mehr Möglichkeiten mobiler Arbeit für Angestellte, verlässt sich dabei aber völlig auf Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen sowie innerhalb der Unternehmen.

Einig sind sich alle Parteien über die Bedeutung einer zukunftssicheren digitalen Infrastruktur, um die neue digitale Realität am Arbeitsplatz und im privaten Bereich zu unterstützen. Ob sich nun die SPD dafür einsetzt, dass Deutschland in den 2020ern eine »Gigabit-Gesellschaft« wird, oder die CDU/CSU plant, bis 2024 Lücken in der Mobilfunkabdeckung zu schließen: Das Hauptziel der besseren digitalen Infrastruktur ist bei allen Parteien gleich. Im Detail unterscheiden sich die Ansätze aber hinsichtlich eines zentralen Kriteriums entlang der wirtschaftlichen Links-Rechts-Achse: SPD, Linke und Grüne befürworten alle eine Art rechtlich garantierter Internetversorgung für Haushalte. Am weitesten geht dabei die Linke, die Internet und Mobilfunk für ein Grundrecht unter staatlicher Verantwortung hält und dementsprechend die Erweiterung und den Betrieb der Netzwerke ausschließlich staatlich organisieren will. Die FDP und die CDU/CSU halten sich bei rechtlichen Garantien zurück. Auch sie verlassen sich allerdings auf Subventionen und Anreize für Privatanbieter und Haushalte – von den »Gigabit-Gutscheinen« der FDP für Privathaushalte bis hin zur finanziellen Unterstützung, die die CDU/CSU den lokalen Behörden für Breitbandanschlüsse zukommen lassen will. Die AfD gibt dem Thema der digitalen Infrastruktur am wenigsten Raum. Was die lückenlose Mobilfunkabdeckung betrifft, verlässt sie sich auf die konsequente Umsetzung des »nationalen Roaming«, bei dem Nutzer:innen im Fall von Versorgungslücken automatisch auf andere Netzwerkanbieter umgeleitet werden.

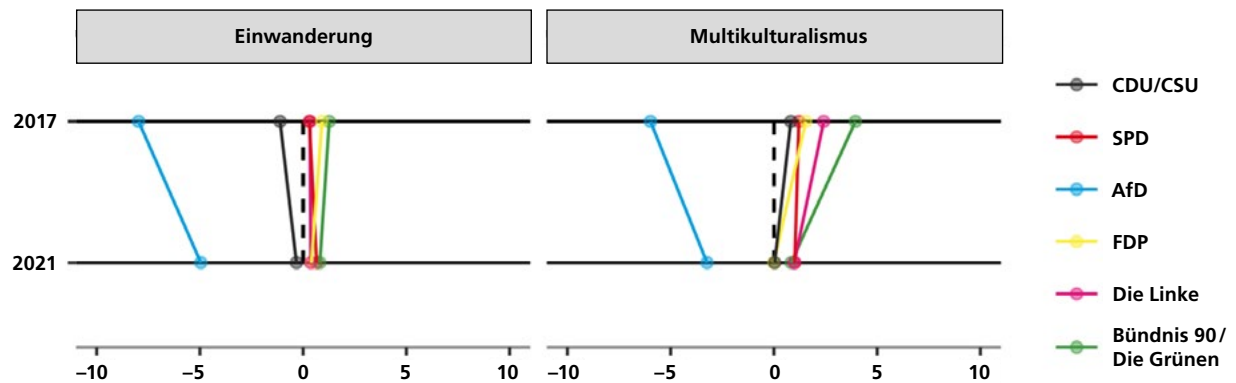
Auch in anderen Bereichen der Digitalisierung setzen die Parteien viele ähnliche Prioritäten: Alle sechs sind sich einig, die Marktmacht der großen »monopolartigen« Digitalkonzerne müsse beschränkt werden. Im Detail wollen sie diese Konzerne gesetzlich zur Interoperabilität und Weitergabe ihrer Daten verpflichten. Ihre Dienste sollten nicht auf bestimmte Softwarelösungen beschränkt sein, und die Daten, die ihre Marktmacht festigen, müssten auch für andere – insbesondere kleinere – Wettbewerber verfügbar gemacht werden. Die AfD und die Linke bestehen auch darauf, diese Großkonzerne anders zu besteuern (AfD: Besteuerung des Umsatzes statt des Gewinns; Linke: Besteuerung am Ort der wirtschaftlichen Aktivität). Wichtig ist für alle Parteien die Verwendung quelloffener Software im öffentlichen Sektor und die uneingeschränkte Verfügbarkeit solcher Software und Daten. Sie alle fühlen sich daher den Prinzipien »Open Data« und »Open Government« verpflichtet.

EINWANDERUNG

Zwischen 2015 und 2018 wurde das Thema der Einwanderung in der Öffentlichkeit als das wichtigste Problem betrachtet (Forschungsgruppe Wahlen 2021) – und bei der Wahl 2017 als die größte Herausforderung. Im Wahlkampf 2021 hat es deutlich an Bedeutung verloren. Dies liegt nicht nur am nachlassenden Druck aufgrund der momentanen Einwanderungszahlen, sondern auch an der Betonung der neuen Herausforderungen durch Umwelt und Digitalisierung – und daran, dass das Thema durch die COVID-19-Pandemie überlagert wurde.

Abbildung 6 zeigt die Positionen und Positionsveränderungen der Parteien zu den zwei Hauptfacetten des Migrationsthemas: Einwanderung und Multikulturalismus. Bei der ersten Facette geht es hauptsächlich darum, wie mit Migrant:innen umgegangen werden soll, die noch nicht im Land sind, und ob mehr Einwanderung zugelassen werden sollte. Die zweite Facette bezieht sich auf die Politik gegenüber Migrant:innen, die bereits im Land sind, und ob bei ihrer Integration in die Gesellschaft multikulturelle oder assimilationistische Ansätze verfolgt werden. Dabei gibt es allgemein einen klaren Trend hin zur Mitte. Dies liegt vor allem daran, dass die Betonung beider Dimensionen 2021 gegenüber der außergewöhnlich hohen Salienz von 2017 erheblich gesunken ist. Die SPD ist die einzige Partei, die ihre positive Sichtweise gegenüber der Migration verstärkt hat, und die Linke die einzige, die ihre vorherige Position zumindest beibehält. Zwischen den einzelnen Parteien sind hier gewisse Abweichungen sichtbar, die weitgehend ihren allgemeinen Positionen im Links-Rechts-Spektrum entsprechen. Auf der einen Seite stehen die Grünen, die SPD und die Linke Migrant:innen unterstützend und inklusiv gegenüber, und auf der anderen Seite zeigt sich die AfD sehr restriktiv und ausschließend. Sie verwendet das Thema sogar als Aufhänger für viele weitere politische Positionen. FDP und CDU/CSU vertreten gemäßigte Positionen – was auch daran liegt, dass sie das Thema kaum berücksichtigen.

Abbildung 6

Einstellungen zu Einwanderung und Multikulturalismus in den Wahlprogrammen 2021

Anmerkung: Die Position zum Thema Einwanderung wird gebildet, indem die Anzahl der negativen Aussagen zur Einwanderung (Manifesto-Projekt-Kode 601.2) von der Anzahl der positiven Aussagen zur Einwanderung (Manifesto-Projekt-Kode 602.2) abgezogen wird und für Multikulturalismus entsprechend (Manifesto-Projekt-Kodes 608.1+608.2 subtrahiert von 607.1+607.2).

Konkreter betrachtet geht es in den Wahlprogrammen von 2021 beim Thema Einwanderung um folgende Punkte: »erwünschte« Formen der Migration, »legitime« Gründe für Migration, Dauer der Immigration, Sozialleistungen für Migrant:innen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration, (Familien-) Zusammenführung, Umgang mit »illegaler« Einwanderung, und Maßnahmen mit oder in den Herkunftsländern. Allgemein herrscht unter den Parteien der Konsens, dass es für hochqualifizierte Migrant:innen, deren Fähigkeiten von der Wirtschaft benötigt werden, gut strukturierte Programme geben sollte. Da ihr Anteil aber vergleichsweise niedrig ist und sie meist aus westlichen Ländern stammen, konzentrieren sich die Parteien vor allem auf andere Arten von Zuwanderung. Sowohl zum Immigrationsprozess selbst als auch zum Umgang mit Migrant:innen, die bereits in Deutschland sind, vertreten die Parteien sehr verschiedene Meinungen: Obwohl alle von Ihnen – außer der AfD – das Konzept moralischer und humanitärer Gründe für die Akzeptanz von Migration befürworten, unterscheiden sich die Programme hinsichtlich der von den Parteien akzeptierten Asylgründe, der Anzahl der Migrant:innen, denen Einreise und Verbleib im Land erlaubt werden soll, und der Frage, welche Herkunftsländer als »sicher« betrachtet werden. Die drei linksgerichteten Parteien äußern sich eher unterstützend: Die SPD will gut integrierten Menschen ohne sicheren Wohnort ein dauerhaftes Bleiberecht geben, während für die Grünen allein die Aufenthaltsdauer in Deutschland (fünf Jahre für Erwachsene, drei für Jugendliche, junge Menschen und Familien mit minderjährigen Kindern) entscheidend für die Erteilung des Bleiberechts ist. Laut der Linken sollten Migrant:innen nach fünf Jahren in Deutschland sogar ein Recht auf Einbürgerung bekommen. Diese drei Parteien planen, die Regeln zur Familienzusammenführung so zu erweitern, dass sie auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus und Geflüchtete umfassen – einschließlich der Regeln für Angehörige unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter. Dagegen wenden sich die CDU/CSU und die AfD, erstere will die Möglichkeit des Familiennachzugs nicht ausweiten, letztere lehnt jegliche Art von Familienzusammenführung für Geflüchtete ab. Die CDU/CSU will die An-

zahl der Menschen, die nach Deutschland und Europa fliehen, nicht nur niedrig halten, sondern noch weiter verringern. Außerdem wollen CDU/CSU, FDP und AfD die Möglichkeiten zur Ausweisung verschärfen, und die AfD will sogar das Kirchenasyl abschaffen. Insgesamt haben die drei rechtsgerichteten Parteien eine eindeutig ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Art von in ihren Augen »illegaler« Einwanderung.

Spätestens seit der »Europäischen Migrationskrise« von 2015 ist allen Mitgliedstaaten der EU klar, dass das Thema Migration – insbesondere auf europäischer Ebene – bearbeitet werden muss. Dies spiegelt sich auch teilweise in den nationalen Wahlprogrammen der deutschen Parteien wider. So betonen die Parteien Probleme hinsichtlich der EU-Außengrenzen, der unterschiedlichen Ansätze der EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf zahlreiche Fragen der Einwanderung sowie bestimmter internationaler Verträge (wie etwa des »EU-Türkei-Deals«) und fordern Maßnahmen auf EU-Ebene. Die AfD wirft der EU vor, die Einwanderung nicht stoppen zu können. Die Linke und die Grünen kritisieren die EU hingegen dafür, die humanitären Aspekte der Migration nicht zu berücksichtigen. Ob die Parteien zu diesem Thema EU-weite Maßnahmen, gemeinsame Aktivitäten einzelner Mitgliedstaaten (z.B. »Koalitionen der Willigen«) oder nur solche auf nationaler Ebene unterstützen, hängt von ihrer generellen Einstellung zur EU ab – und davon, welche Art von Maßnahmen sie von ihr erwarten. Die Notwendigkeit einer internationalen Antwort auf das Thema unterstreichen einige Parteien dadurch, dass sie UN-geförderte Abkommen und Programme diskutieren und sich dafür einsetzen, diese zu beenden oder zu verbessern – abhängig von ihrer jeweiligen Einstellung zur Migration: Die AfD will die globalen UN-Abkommen über Flüchtlinge und Migration aufkündigen, Linke und SPD bestätigen ihre Unterstützung des globalen UN-Migrationspakts, und die Grünen unterstützen nicht nur die beiden globalen Abkommen, sondern auch das Resettlement-Programm des UNHCR und die UNFCCC-Taskforce on Replacement.

6

DEUTSCHLAND IN EINER SUPRANATIONALEN UND GLOBALISIERTEN WELT

In unserer globalisierten Welt spielt bei der Planung der Zukunft nicht nur der nationale Kontext eine wichtige Rolle. Deutschland befindet sich in einem supra- und internationalen Umfeld. Beispielsweise können zwei der gerade angeführten Probleme nicht von den Nationalregierungen allein gelöst werden, sondern erfordern internationale Zusammenarbeit. Daher hängt Deutschland von seinen supra- und internationalen Partner:innen ab und ist sowohl in der EU als auch auf internationaler Ebene selbst ein wichtiger Akteur.

DEUTSCHLAND UND DIE EU

Viele wichtige Fragen werden heute nicht mehr auf der nationalen, sondern auf der europäischen Ebene entschieden. Als eins ihrer Gründungsmitglieder, das, insbesondere aufgrund seiner Geschichte, der Idee einer europäischen Gemeinschaft viel verdankt, hatte Deutschland immer schon eine starke Beziehung zur EU – und dies nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch wegen der wirtschaftlichen Vorteile, die eine derart exportorientierte Volkswirtschaft durch seine Mitgliedschaft hat. Daher waren die politischen Parteien gegenüber der EU immer weitgehend positiv eingestellt. Abbildung 7 zeigt, dass lange Zeit alle Parteien im Deutschen Bundestag EU-freundliche Positionen vertreten oder sich gegenüber der EU-Integration zumindest neutral verhalten haben. Ein Grenzfall ist die Linke, die immer wieder zwischen einer eher positiven und einer eher negativen/neutralen Einstellung hin und her geschwankt ist. Allerdings hat sie nur bei der Wahl von 1998 eine ausdrücklich negative Position vertreten. Die Grünen begannen mit einer nur leicht positiven Einstellung in den 1990ern, sind aber über die Jahre viel EU-freundlicher geworden. Die CDU/CSU hingegen ist seit den frühen 1990ern bis 2005 einem Abwärtstrend gefolgt, vertritt seitdem aber wieder immer positivere Positionen. Unabhängig von diesen Veränderungen über die Zeit standen aber alle Parteien der EU weitgehend unterstützend gegenüber. Dies änderte sich, als die AfD in die politischen Arena trat. Auch wenn die Einstellung der Partei nicht mehr so negativ ist wie 2013, sticht ihre EU-kritische Position immer noch heraus. Tatsächlich ist sie die einzige Partei in Deutschland, die für einen »Dexit« (das deutsche Äquivalent zum Brexit) eintritt. Da sie selbst einen solchen Prozess unterstützt, verweigert sie sich auch jeglichen Sanktionen gegen Großbritannien. Mit Ausnahme der Linken, die den Brexit überhaupt nicht erwähnt, betonen die anderen Parteien,

Großbritannien werde für die EU und Deutschland weiterhin ein starker und enger Partner bleiben, und die gemeinsamen Vereinbarungen könnten als Grundlage einer neuen Partnerschaft dienen. Aber CDU/CSU, die FDP und die Grünen bestehen auch darauf, genau zu beobachten, ob Großbritannien sich an die Vereinbarung hält, einen fairen Wettbewerb zwischen der Insel und Europa zu gewährleisten und den Frieden in Irland zu sichern.

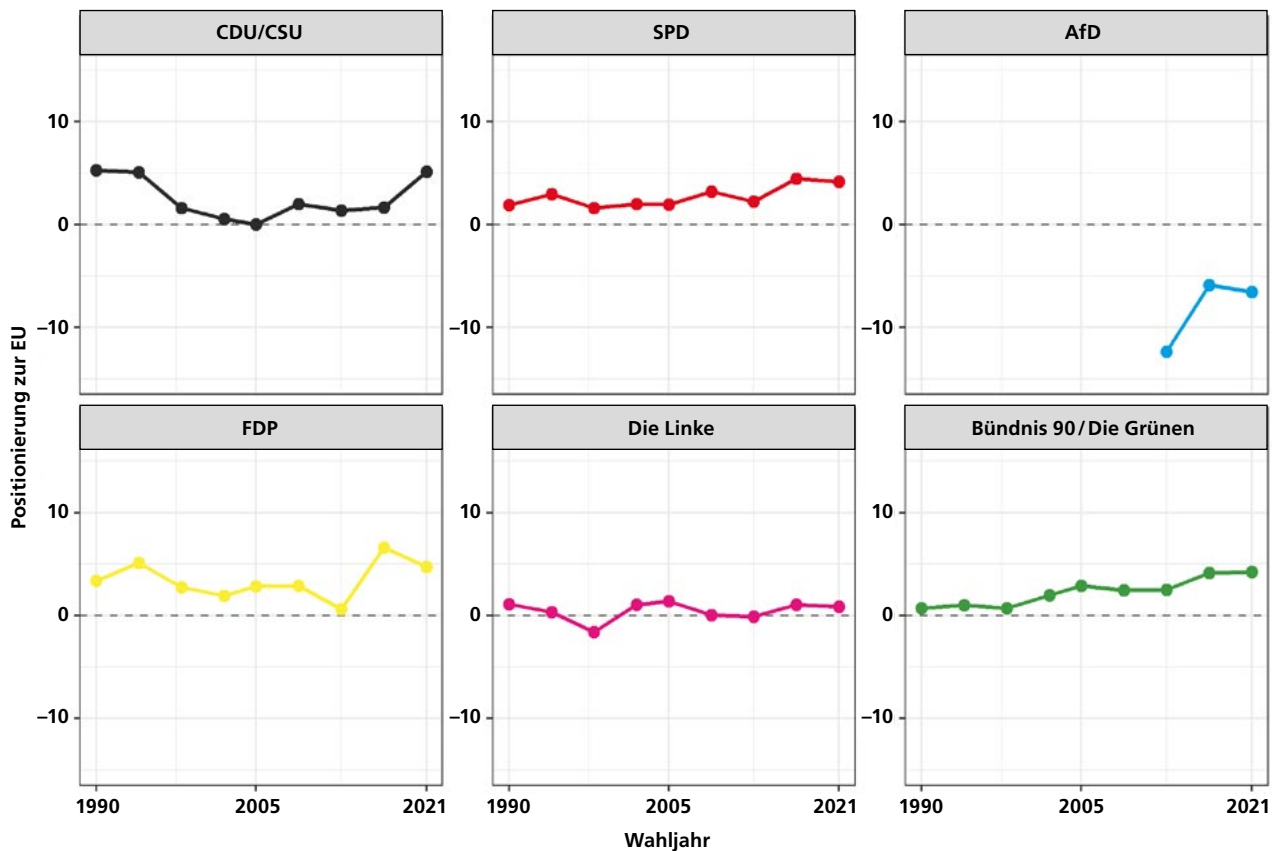
DREI VISIONEN FÜR DIE INTEGRATION DER EU

Obwohl der bisherige quantitative Vergleich der Parteipositionen bereits einen Eindruck vermittelt hat, wo die deutschen Parteien hinsichtlich der EU stehen, ist dieses Bild immer noch unscharf, und insbesondere bei den Parteien, die gegenüber der EU positiv eingestellt sind, werden bei genauerem Hinschauen Unterschiede sichtbar. Grundsätzlich können die allgemeinen Ideen zur EU-Integration in drei verschiedene Visionen zusammengefasst werden: erstens, die EU als Konföderation souveräner Staaten (Staatenbund) neu aufzubauen; zweitens, die EU so zu lassen wie sie ist, aber ihre wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Verbindungen zu stärken und mehr außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit einzuführen; und drittens, die EU-Integration durch die Einführung einer echten Sozialunion zusätzlich zur bestehenden Wirtschafts- und Fiskalunion zu vertiefen.

Die erste Lösung wird von der AfD vorgeschlagen. Wie bereits erwähnt, lehnt die Partei die EU ab und fordert einen »Dexit«. Stattdessen schlägt sie eine neue »europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft« vor. Obwohl ein solcher »Dexit« ihre bevorzugte Lösung wäre, erwähnt sie auch einzelne Aspekte der EU, die sie abschaffen will. In erster Linie will sie natürlich die Eurozone verlassen – was seit der Gründung der Partei 2013 eine ihrer zentralen Forderungen ist. Darüber hinaus spricht sie sich auch gegen eine Vertiefung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aus – ebenso wie gegen gemeinsame Regeln in der Sozialpolitik – und befürwortet eine »Renationalisierung der EU-Agrarpolitik«.

Die zweite Vision wird von der CDU/CSU und der FDP vertreten. Beide Parteien unterstützen eine starke EU in den Bereichen der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Die CDU/CSU

Abbildung 7
Einstellungen zur EU in den Wahlprogrammen (1990–2021)



Anmerkung: Die Position zur EU wird gebildet, indem die Anzahl der negativen EU-Aussagen (Manifesto-Projekt-Kode 110) von der Anzahl der positiven EU-Aussagen (Manifesto-Projekt-Kode 108) abgezogen wird. Dementsprechend zeigt eine Zahl > 0 eine positivere Einstellung zur EU an, eine Zahl < 0 eine negativere.

will die wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen den EU-Staaten vertiefen, eine Kapitalmarktunion einführen sowie die Europäische Bankenunion und den Europäischen Stabilitätsmechanismus stärken. Die FDP will letzteren in einen Europäischen Währungsfonds überführen. Sie spricht sich klar gegen jegliche Kollektivierung von Schulden aus und will umgehend die EU-Haushaltspolitik wieder einführen.

Beide Parteien sind hauptsächlich daran interessiert, die gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik hinsichtlich des Handels mit nichteuropäischen Staaten zu vertiefen, beispielsweise durch die Sicherung der Energieimporte. Die CDU/CSU betrachtet die EU außerdem als eine starke Interessengruppe, die mit anderen großen Industriestaaten verhandeln kann, um europäische Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Subventionen zu schützen.

Ein weiterer Bereich, in dem die Union die Zusammenarbeit vertiefen will, ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die FDP setzt sich hier für ein EU-Außenministerium und eine eigene EU-Armee ein. Die CDU/CSU will FRONTEX sowie die Zusammenarbeit zwischen der nationalen Polizei und den Geheimdiensten stärken. EUROPOL soll demnach zu einer Art »europäischem FBI« werden, während sich die FDP einfach für ein »Europäisches Kriminalamt« einsetzt.

Nicht stärken, wollen diese Parteien die EU in allen Politikbereichen, die sich unter dem Oberbegriff einer Sozialunion zusammenfassen lassen. Die FDP zeigt dies allerdings nur indirekt, indem sie keinen dieser Bereiche erwähnt. Die CDU/CSU hingegen sagt ganz deutlich, dass sie jegliche europäische Arbeitslosen-, Kranken- oder Rentenversicherung ablehnt.

Dies ist der zentrale Punkt, bei dem die Vision der dritten Parteiengruppe – der SPD, der Linken und der Grünen – von der gerade beschriebenen abweicht: Diese Parteien wollen die EU nicht nur als Wirtschafts- und Fiskalunion stärken, sondern zusätzlich noch durch eine Sozialunion vertiefen. Alle drei setzen sich beispielsweise für einen Mindestlohn in allen EU-Ländern ein und wollen die Regeln der Mitbestimmung stärken. SPD und Grüne schlagen eine europäische Arbeitslosenversicherung vor, die gewährleistet, dass alle Mitgliedsländer in Krisenzeiten ein soziales Sicherungsnetz haben, und die Linke und die SPD wollen die soziale Sicherheit für Saisonarbeiter:innen verbessern. Die Linke schreibt außerdem sehr deutlich, wo die finanziellen Mittel für einen verbesserten europäischen Wohlfahrtsstaat herkommen sollen: Sie wollen die Steuern für Reiche erhöhen, den EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen unterstützen und eine Finanztransaktionssteuer einführen. Während die beiden letzten Maßnahmen

auch von der SPD befürwortet werden, lehnen FDP und AfD jegliche steuerliche Regulierung auf europäischer Ebene entschieden ab.

Auch in haushaltspolitischer Hinsicht weichen SPD, Linke und Grüne von den Vorschlägen der FDP und der CDU/CSU ab: Statt zu einer Sparpolitik zurückzukehren, wollen sie mit der europäischen Investitionspolitik weitermachen, die während der COVID-19-Krise eingeführt wurde. Die Grünen schlagen einen dauerhaften Investitionsfonds vor und wollen allen Ländern eine kurzfristige Kreditlinie gewähren, um der Spekulation gegen einzelne Staaten entgegenzuwirken. Die Linke will sogar arme Regionen von ihren Schulden befreien und die Investitionen in wirtschaftlich schwächeren Regionen und Industriebereichen erhöhen. Sowohl Grüne als auch Linke betonen dabei, das Europäische Parlament müsse in diesen Bereich einen entscheidenden Einfluss haben. Ein Unterschied besteht hinsichtlich der Einstellung gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB): Während die Grünen deren Unabhängigkeit unterstützen, will die Linke sie unter die Kontrolle des Europäischen Parlaments bringen. Im Programm der SPD findet sich zu diesem Thema keine Aussage.

Ein Aspekt, in dem SPD und Grüne mit den Vorschlägen der Parteien der zweiten Vision übereinstimmen, ist die Neuorganisation des Wettbewerbs- und Beihilferechts, um europäische Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen.

Hinsichtlich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vertreten die drei Parteien ziemlich unterschiedliche Positionen: Die SPD will die Zusammenarbeit in diesem Bereich ganz klar stärken. Sie will eine europäische Armee aufbauen, unterstützt ein europäisches Außenministerium, und will, dass die EU Initiativen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung entwickelt. Auch die Grünen wollen diesen Bereich ausweiten, äußern sich hinsichtlich einer europäischen Armee aber weniger eindeutig. Sie schreiben nur, sie wollten die Zusammenarbeit zwischen den Armeen der Mitgliedsländer stärken. Außerdem wünschen sie sich eine restriktive Rüstungspolitik. Ähnlich wie die FDP geben auch die Grünen an, sie wollten durch die Gründung eines Europäischen Kriminalamts das organisierte Verbrechen bekämpfen. Die Linke vertritt die extremste Position zu diesem Thema: Sie spricht sich entschieden gegen jegliche militärische Expansion und Aufrüstung aus. Ebenso lehnt sie die Idee einer europäischen Armee ab und will den Export von Rüstungsgütern verbieten.

PLÄNE ZUR STÄRKUNG DER EU-INSTITUTIONEN

Die Parteien, die entweder die zweite oder die dritte Vision der EU-Integration unterstützen, machen auch Vorschläge, wie die EU institutionell gefördert werden kann. Dabei sind sie sich einig, das Europäische Parlament stärken zu wollen. Alle fünf Parteien wollen ihm das Initiativrecht geben und ein gemeinsames Wahlrecht einführen (nur die Linke erwähnt letzteres nicht). CDU/CSU, FDP und die Grünen möchten au-

Bßerdem das Prinzip der europaweiten Spitzenkandidat:innen weiter ausbauen. Laut FDP und CDU/CSU soll die Europäische Kommission verkleinert werden, um ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern, und laut Linken und Grünen soll das Parlament die Kommissar:innen nicht nur ins Amt wählen, sondern sie auch wieder abwählen können. In einem weiteren Versuch, die Funktionsfähigkeit der Kommission zu verbessern, will die CDU/CSU das Mehrheitsprinzip auf zusätzliche Bereiche ausweiten, und die Grünen wollen sogar in allen Bereichen das Einstimmigkeitsprinzip abschaffen und per Mehrheit entscheiden. FDP, Linke und Grüne fordern außerdem, dass die Arbeit des Europäischen Rats transparenter wird.

Um die Demokratie in der EU zu stärken, wollen die FDP und die Linke einen neuen Verfassungsgrundsatz einführen und die europäische Öffentlichkeit über die neue Verfassung abstimmen lassen. Die Grünen schlagen vor, eine öffentlich-rechtliche Medienplattform zu gründen, um dazu beizutragen, eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen. Außerdem wollen alle Parteien die Sanktionsmechanismen schärfen, um Ländern, die sich nicht an das EU-Recht halten, die finanzielle Unterstützung verweigern zu können. Darüber hinaus will die Linke Einzelpersonen das Recht geben, an den Europäischen Gerichtshof zu appellieren, und die Grünen wollen, dass die Mitgliedstaaten die Charta der Grundrechte der Europäischen Union juristisch durchsetzen können. Und schließlich unterstützen SPD, FDP und CDU/CSU einen europäischen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

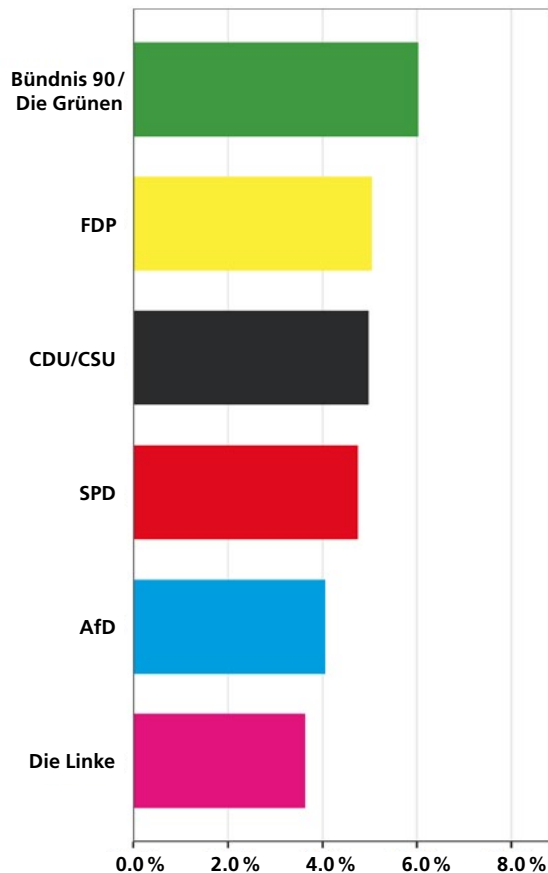
DEUTSCHLANDS INTERNATIONALE ROLLE

Die klassische internationale Rolle Deutschlands wird von keiner der Parteien wirklich in Frage gestellt. Auch die Aufmerksamkeit, die die Parteien diesem Thema widmen, unterscheidet sich kaum (Abbildung 8). Bei der Linken und der AfD ist es mit jeweils etwa vier Prozent am wenigsten salient, gefolgt von SPD, CDU/CSU und FDP mit jeweils um die fünf Prozent, und schließlich den Grünen mit etwas über sechs Prozent.

Laut der Wahlprogramme von SPD, Grünen und CDU/CSU sollen sowohl die internationale Zusammenarbeit als auch die Beteiligung an internationalen Institutionen zentrale Säulen der deutschen Außenpolitik bleiben. Durch ihren ausdrücklichen Aufruf zu einer aktiven internationalen Mediationsrolle betonen sie weiterhin die deutsche Selbstwahrnehmung nach dem Krieg als sogenannte »Zivilmacht«. Gemeinsam mit dem Eintritt für Israels ungehindertes Existenzrecht und der Bevorzugung einer Zweistaatenlösung, die auch im Programm der FDP erwähnt wird, bleiben der Multilateralismus und die israelische Sicherheit zwei grundlegende Säulen der deutschen Außenpolitik, die fast parteiübergreifenden Konsens finden.

Änderungen und verschiedene Positionen hinsichtlich der internationalen Rolle Deutschlands finden sich überwiegend in den spezifischen Plänen zur Umsetzung einer solchen multilateralen Philosophie. Die SPD konzentriert sich in ers-

Abbildung 8
Anteil der Aussagen zu Themen im Zusammenhang mit Internationalismus in den Wahlprogrammen für 2021



Anmerkung: Um zu messen, wie oft die Parteien insgesamt über internationale Themen sprechen, wurden die Anteile der drei Manifesto-Projekt-Kodes 103 (Antiimperialismus), 107 (Internationale Zusammenarbeit) und 109 (Nationale Souveränität) kombiniert.

ter Linie darauf, Deutschlands internationale Mediationsrolle zu stärken – beispielsweise durch den Ausbau des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und durch Fortschritte bei der internationalen Gesetzgebung, zum Beispiel im Bereich von Waffenexporten oder der übernationalen Durchsetzung der Menschenrechte. Die Grünen gehen in die gleiche Richtung und schlagen vor, sowohl den Zivilen Friedensdienst (ZFD) als auch das ZIF zu stärken. Sie wollen außerdem ein stärkeres Bewusstsein für die Arbeit der zivilen Konfliktprävention in der Öffentlichkeit schaffen. Die CDU/CSU hingegen betont eine breitere und aktivere internationale Rolle, die stärker an Deutschlands eigenen nationalen Interessen ausgerichtet ist. Dementsprechend sollen internationale Zusammenarbeit und Multilateralismus dazu dienen, die neu entstehende multipolare Weltordnung auf vorteilhafte Weise mitzugestalten und gegen die Bedrohung durch autoritäre Staaten, populistische Bewegungen und globale Krisen zu kämpfen – falls nötig, mit militärischen Mitteln.

Die AfD vertritt hier eine besondere Position: Weder erwähnt sie in ihrem Wahlprogramm die aktive internationalen Mediationsrolle (Zivilmacht), noch das Existenzrecht Israels. Stattdessen lehnt sie eine aktive multilaterale Rol-

le Deutschlands durch Mediation und Interventionen indirekt ab, indem sie die Autonomie der Nationalstaaten und das Recht der Völker/Nationen zur Selbstbestimmung betont.

Die Linke wiederum betont eine internationale Politik, die nicht durch wirtschaftliche oder militärische Sanktionen funktioniert, sondern durch Zusammenarbeit. Ihrer Ansicht nach sollte sich Deutschland an solchen Sanktionen nicht beteiligen, was teilweise der aktiven internationalen Rolle widerspricht, die die anderen vier Parteien für Deutschland vorsehen. Stattdessen schreibt die Linke in ihrem Programm ausführlich darüber, die UN als zentrale Institution für Zusammenarbeit und Konfliktlösung stärken und reformieren zu wollen.

UN UND NATO

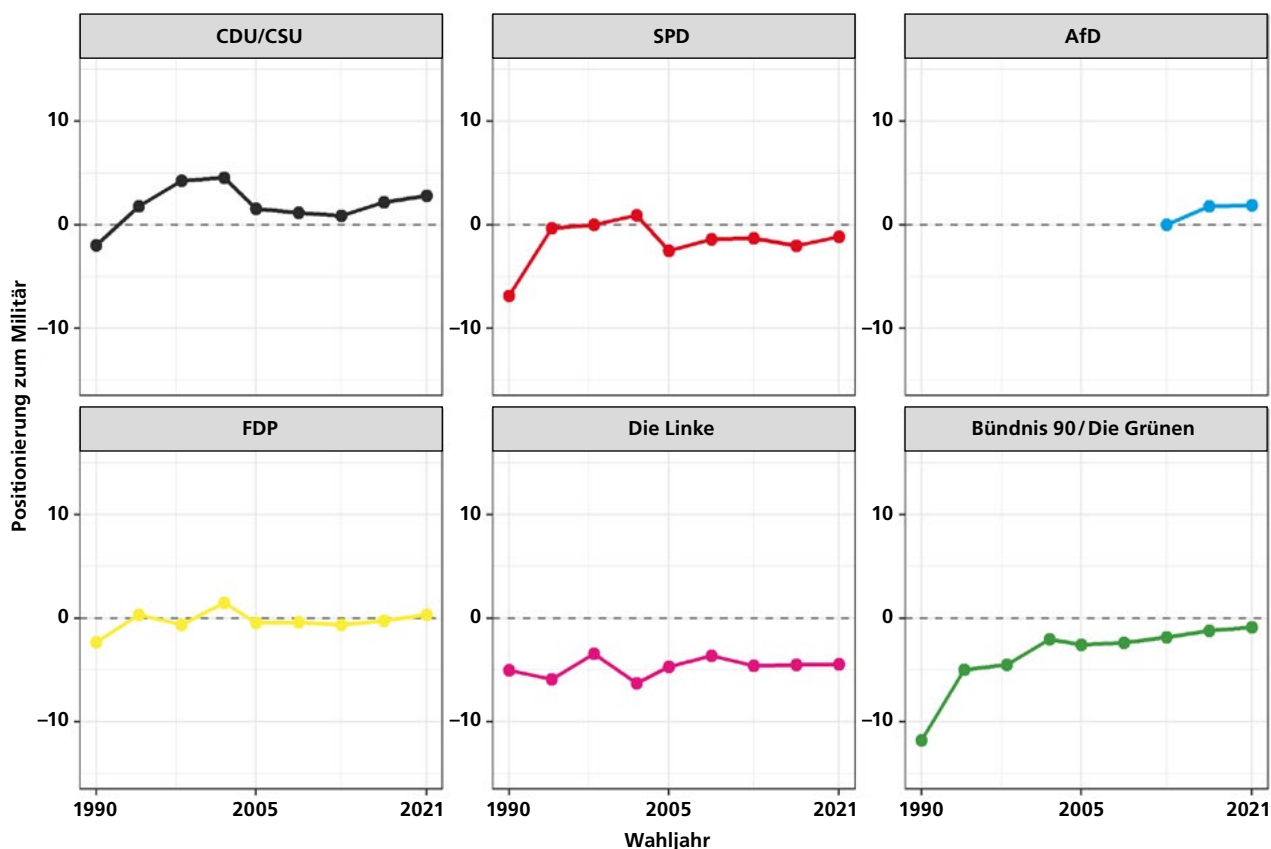
Als Mittel zur Stärkung der internationalen Macht der EU fordern CDU/CSU, FDP und SPD einen permanenten Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat. Auch die AfD will diesen zusätzlichen permanenten Sitz, aber nicht für die EU, sondern für Deutschland. Die Grünen und die Linken hingegen wollen dem Sicherheitsrat keinen weiteren Sitz hinzufügen, sondern dessen Macht verringern.

Alle Parteien (außer der Linken) fühlen sich weiterhin gegenüber der deutschen NATO-Mitgliedschaft verpflichtet – und damit implizit auch gegenüber militärischen Interventionen, falls ein Mitglied des Bündnisses angegriffen wird. Dies passt zum parteiübergreifenden Konsens, die Modernisierung der deutschen Armee und ihrer Ausrüstung voranzutreiben. Allerdings erwähnt nur die CDU/CSU den Einsatz militärischer Mittel als ausdrückliche außenpolitische Möglichkeit in ihrem Wahlprogramm. Indem sie eine aktive Rolle auf der internationalen Bühne fordert und dafür eintritt, dass in der Verteidigungs-, Außen- und Entwicklungspolitik alle Optionen abgewogen und berücksichtigt werden, nimmt sie unter den deutschen Parteien eine besondere Rolle ein. Im Gegensatz dazu beschreibt sich die SPD explizit als »Friedenspartei« mit einem Schwerpunkt auf Abrüstung und Dialog. Die AfD wiederum erwähnt, die Aktivitäten der NATO auf dem Gebiet der Bündnismitglieder selbst begrenzen zu wollen. Nur die Linke geht dabei noch einen Schritt weiter und setzt sich für die völlige Auflösung der NATO ein. Darüber hinaus befürwortet sie eine massive Abrüstung der deutschen Armee und lehnt jede militärische Intervention der Bundeswehr konsequent ab.

Anhand der quantitativen Daten können wir die Positionen der Parteien zum Militär berechnen. Dafür greifen wir auf der pro- oder antimilitärischen Aussagen in den Parteiprogrammen zurück. Dies zeigt, dass die Linke ganz klar die Partei ist, die jede Art militärischer Interventionen am stärksten ablehnt, während die CDU/CSU solche Einsätze am stärksten unterstützt (Abbildung 9). Über Zeit zeigt sich außerdem, dass die Positionen der Parteien zu diesem Thema seit 2005 relativ stabil geblieben sind.

Abbildung 9

Einstellungen zum Militär in den Wahlprogrammen (1990–2021)



Anmerkung: Die Position zum Militär wird gebildet, indem die Anzahl der negativen Aussagen zum Militär (Manifesto-Projekt-Kode 105) und die Anzahl der Aussagen zum Frieden (Manifesto-Projekt-Kode 106) von der Anzahl der positiven Aussagen zum Militär (Manifesto-Projekt-Kode 104) abgezogen wird. Dementsprechend zeigt eine Zahl > 0 eine positivere Einstellung gegenüber dem Militär an, eine Zahl < 0 eine negativere.

DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN

Die transatlantischen Beziehungen waren für Deutschland immer von besonderer Bedeutung, wurden aber durch die Präsidentschaft Donald Trumps stark beeinträchtigt. Die Wahl von Präsident Joe Biden wird daher als positiver Wendepunkt betrachtet. Alle Parteien bis auf die AfD sehen dies als Möglichkeit, die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland sowie der EU (erneut) zu stärken. Die SPD und die Grünen wollen sich dabei besonders auf Themen wie Klimawandel, globale Gesundheitspolitik, Handel, Abrüstung und Sicherheit konzentrieren. Die Grünen betonen, dass die USA ihre Sicherheitspolitik nicht mehr auf Europa ausrichten, sondern dass die EU selbst die Verantwortung für außen- und sicherheitspolitische Fragen übernehmen muss. Die FDP will in erster Linie die Handelsbeziehungen intensivieren und setzt sich für ein transatlantisches Freihandelsabkommen ein, aber auch dafür, den »EU-US Privacy Shield« zum Datenschutz zwischen der EU und den USA neu auszuhandeln. Die CDU/CSU will die Zusammenarbeit im Wissenschafts- und Technologiebereich fördern, um – insbesondere mit Blick auf China – die technologische Führungsposition der USA und der EU zu sichern. Außerdem betont sie die Abhängigkeit Europas von US-Atomwaffen und die Verpflichtung Deutschlands, innerhalb der

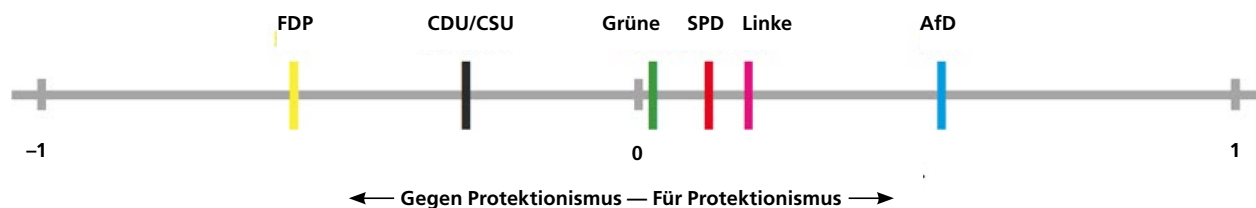
NATO seinen Teil beizutragen. Die AfD ist von den deutsch-amerikanischen Beziehungen weniger begeistert. Sie stimmt zwar damit überein, dass die USA der stärkste Partner sind, moniert aber auch die US-Sanktionen gegen Deutschland.

DEUTSCHLAND ALS AKTEUR AUF EINEM GLOBALISIERTEN WIRTSCHAFTSMARKT

Da die deutsche Wirtschaft stark von ihren Exporten abhängig ist⁷, ist der internationale Handel ein wichtiges Thema für das Land und spielt dementsprechend auch in den Wahlprogrammen der Parteien eine Rolle. Allerdings haben einige Parteien eine protektionistische Einstellung dazu, wie mit den deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern umgegangen werden sollte, während andere auf die Vorteile eines freien Marktes vertrauen. Um die Positionen der Parteien auf einer Skala zu bestimmen, die von vollständigem Protektionismus bis hin zu völlig unreguliertem Handel reicht, haben wir den Anteil aller Aussagen in den Programmen bestimmt, die entweder eine protektionistische

⁷ Nach China und den USA ist Deutschland immer noch die weltweit drittgrößte Exportnation (BMWi 2021, S.1).

Abbildung 10
Einstellungen zu mehr/weniger Protektionismus in den Wahlprogrammen 2021



Anmerkung: Die Position zum Protektionismus wird gebildet, indem die Anzahl der negativen Protektionismus-Aussagen (Manifesto-Projekt-Kode 407) von der Anzahl der positiven Protektionismus-Aussagen (Manifesto-Projekt-Kode 406) abgezogen wird.

oder eine auf Freihandel bezogene Einstellung ausdrücken⁸ (Abbildung 10). Am wenigsten protektionistisch ist die FDP eingestellt, mit großem Abstand gefolgt von der CDU/CSU. Ein ähnlicher Abstand trennt die CDU/CSU von den Grünen, der SPD und der Linken, die alle ähnliche Positionen vertreten. Die am stärksten protektionistische Position vertritt die AfD.

HANDEL

Wenn wir die Positionen der Parteien zum internationalen Handel detaillierter betrachten, finden wir klare Unterschiede in der Frage in welchen Zusammenhang sie ihn stellen: Einige betonen seine wirtschaftlichen Vorteile (CDU/CSU, FDP und AfD), während andere seinen Beitrag zum Frieden (Grüne und Linke) und zur sozialen Gerechtigkeit (Linke) in den Vordergrund stellen. Dementsprechend beschäftigen sich FDP und CDU/CSU in erster Linie damit, wie ein freier und regelbasierter Handel gewährleistet werden kann, während die drei linksgerichteten Parteien (SPD, Linke und Grüne) stark die Notwendigkeit betonen, ökologische und soziale Standards sowie Menschen- und Arbeitnehmer:innenrechte zu sichern. Einig sind sie sich allerdings darüber, dass es Sanktionsmechanismen geben muss, die dafür sorgen, dass diese Normen befolgt werden.

Die Positionen der Parteien gegenüber Freihandelsabkommen unterscheiden sich entsprechend dieser größeren Ziele: CDU/CSU und FDP unterstützen eindeutig eine schnelle Fertigstellung und Ratifizierung des CETA und des EU-Mercosur-Handelsabkommens (bei dem die CDU/CSU allerdings fordert, landwirtschaftliche Produktion und Produktstandards zu berücksichtigen) und wollen die Verhandlungen mit den USA wieder aufleben lassen. Die FDP will die Verhandlungen zukünftig sogar dadurch erleichtern, dass nationale und regionale Parlamente ausgeschlossen werden und nur das Europäische Parlament um Zustimmung gebeten werden muss. Die AfD äußert sich dazu nicht sehr konkret und führt keine bestimmten Handelsabkommen an, betont aber, dass ein diskriminierungsfreier Zugang deutscher

Unternehmen zu ausländischen Import- und Exportmärkten gewährleistet sein muss. Die SPD nimmt hier eine mittlere Position ein: Sie lehnt zwar keines der Handelsabkommen ab und betont die Bedeutung des EU-Mercosur-Abkommens für die Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zwischen den beiden Kontinenten, betont aber auch, solche Abkommen benötigten bindende soziale und ökologische Standards und müssten den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation entsprechen. Sollte dies nicht der Fall sein, würde sie die Abkommen nicht unterschreiben. Die Grünen sind weniger davon überzeugt, dass solche Standards durch Handelsvereinbarungen gewährleistet werden können und wollen daher das EU-Mercosur-Abkommen vollständig ad acta legen. Hinsichtlich CETA glauben sie, dass erhebliche Reformen nötig seien, bevor es unterzeichnet werden könne. Die eindeutigste Position wird von der Linken vertreten, die sämtliche Freihandelsabkommen deutlich ablehnt.

Ein besonderes Thema, das in allen Programmen präsent ist, ist das Lieferkettengesetz. Nach langen Debatten hat das deutsche Parlament im Juni 2021 ein solches Gesetz verabschiedet, daher ist das Thema noch immer sehr aktuell. Die AfD ist die einzige Partei, die eine solche Regelung ganz klar ablehnt und wieder abschaffen will. Die FDP ist nicht völlig dagegen, aber nur, weil sie glaubt, ohne ein solches Gesetz könnten Unternehmen, die die Menschenrechte respektieren, Wettbewerbsnachteile erleiden. Dementsprechend treten sie für eine europäische Lösung ein, die einen fairen Wettbewerb gewährleistet, wollen aber deren Zuständigkeit stark begrenzen – beispielsweise auf direkt kontrollierbare Bereiche. Sowohl AfD als auch FDP betonen, sie wollten Verbraucher:innen zu verantwortungsbewusstem Handeln ermutigen, um deren Marktmacht einem guten Zweck zuzuführen. Die Position der CDU/CSU klingt dabei zwar etwas unterstützender, unterscheidet sich aber nicht grundlegend von der der FDP. Die Union bevorzugt eine europäische Lösung, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu verhindern, will aber nicht, dass sie erheblich weiter geht als die deutsche. Obwohl sich auch die SPD und die Grünen für eine europäische Lösung einsetzen, wollen sie – ebenso wie die Linke – das kürzlich verabschiedete Gesetz durch eine zivilrechtliche Haftung im Schadensfall ergänzen. Außerdem wollen beide die Anzahl der Firmen vergrößern, die diesem Gesetz unterliegen.

⁸ Um dies in den richtigen Kontext zu stellen, muss gesagt werden, dass in keinem der Programme solche Aussagen mehr als ein Prozent der Gesamtaussagen ausmachen.

INTERNATIONALE BESTEUERUNG – EINE ANTWORT AUF STEUERVERMEIDUNG

Alle Parteien außer der AfD halten die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermeidung für nötig und unterstützen deshalb unterschiedliche Ideen zur internationalen Mindestbesteuerung. Die FDP sagt allerdings ganz klar, dass sie ein solches Gesetz nur unterstützt, wenn es gemeinsam mit den USA gemacht wird, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Ähnlich will die CDU/CSU, dass die OECD Maßnahmen zu diesem Thema einführt. Die SPD, die Grünen und die CDU/CSU treten außerdem entschieden für eine Sondersteuer für große Technologiekonzerne ein, und SPD, Linke und CDU/CSU befürworten eine Finanztransaktionssteuer.

7

SCHLUSSFOLGERUNG

Die Wahlprogramme der sechs Parteien, die wir in dieser Studie analysiert haben, sind sehr umfassende Dokumente, die den Wähler:innen einen guten Eindruck über die Positionen und die Pläne der Parteien für die nächste Legislaturperiode geben. Zudem machen die Parteien deutlich, dass sie bereit sind, diese Pläne auch wirklich umzusetzen, wenn sie Teil der nächsten Regierung werden – ein Traum, der mit Ausnahme der AfD für alle zumindest möglich erscheint. Auch wenn noch unklar ist, wer das Rennen machen wird, sicher dürfte sein, dass die nächste Regierung aus einer Koalition besteht. Was sagen uns die Programme also über die Positionen und Prioritäten der Parteien, und wie passen ihre Pläne mit Blick auf kommende Koalitionsverhandlungen zusammen?

Obwohl unsere Analyse gezeigt hat, dass es zwischen den konkreten Plänen der Parteien viele Unterschiede gibt, hat sich auch erwiesen, dass sie hinsichtlich vieler Themen insgesamt grob in zwei Blöcke unterteilt werden können: drei linksgerichtete Parteien (die Linke, die Grünen und die SPD) und drei rechtsgerichtete Parteien (die FDP, die CSU/CSU und die AfD). Dazu muss allerdings gesagt werden, dass die Positionen der AfD, obwohl sie zum rechten Block gehört, bei einigen Themen sehr weit von jenen der CDU/CSU und der FDP entfernt sind. Zudem nimmt die FDP auf der soziokulturellen Dimension eher progressiv-liberale Positionen ein.

Auf der sozioökonomischen Dimension ist die Spaltung zwischen den beiden Blöcken deutlich sichtbar: Was den Wohlfahrtsstaat angeht, bevorzugen die drei linken Parteien allgemein den Staat gegenüber dem Markt, während es bei den drei rechten Parteien umgekehrt ist. Auch was die Themen Migration und Integration betrifft, befürworten die linken Parteien die Aufnahme und Integration von Migrant:innen stärker als die drei rechten Parteien, wobei die AfD bei diesem Thema eine Sonderstellung einnimmt. Wenn es um die Frage geht, wie der Klimawandel bewältigt werden soll, vertreten die Linke und die Grünen die radikalsten Positionen, und die CDU/CSU ist in gewisser Weise ein Sonderfall, da ihre Position mehr oder weniger in der Mitte zwischen Linken und Grünen auf der einen und zwischen FDP und AfD auf der anderen Seite verortet werden kann. Auch wenn es um die internationale Rolle Deutschlands geht, sind drei Gruppen erkennbar: Die AfD ist die einzige Partei, die eine EU-feindliche und stark protektionistische Haltung

einnimmt. CDU/CSU und FDP unterstützen internationale Zusammenarbeit, aber hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen, während die drei linken Parteien internationale Zusammenarbeit dazu nutzen wollen, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards zu verbessern. Die Linke hebt sich dabei allerdings von den anderen Parteien ab, indem sie jegliche militärische Einsätze ablehnt und für die Abschaffung der NATO plädiert.

Nur bei wenigen Themen lässt sich eine Art überparteilicher Einheit beobachten. Trotz grundlegend unterschiedlicher Ideen zur Gesundheitspolitik wird eine positive Einstellung gegenüber besseren Arbeitsbedingungen in den »systemrelevanten« Gesundheits- und Pflegesektoren sowie die Erweiterung der ländlichen Gesundheitsinfrastruktur von allen Parteien geteilt. Sämtliche Parteien zeigen auch ein grundlegendes Engagement für mehr Umweltschutz und Artenvielfalt. Die meisten Gemeinsamkeiten gibt es allerdings bei den technokratischen, weniger ideologiegetriebenen Fragen einer zukunftssicheren digitalen Infrastruktur. Alle sechs Parteien sehen sowohl bei Mobil- als auch bei Breitbandverbindungen die Notwendigkeit besserer Netzabdeckung. Und alle wollen die Marktmacht der großen US-Konzerne im Digitalsektor brechen. Es gibt also einige, wenn auch wenige Themen, bei denen eine gewisse Einigkeit herrscht; die sich allerdings nur auf grundlegende Ziele bezieht und nicht auf die Maßnahmen für ihre konkrete Umsetzung.

Erstmals seit den Bundestagswahlen von 1953 wird die nächste deutsche Regierung wahrscheinlich aus mehr als zwei Bundestagsfraktionen bestehen. Da die Zusammenarbeit mit der AfD und damit auch deren Regierungsbeteiligung von allen anderen Parteien ausgeschlossen wurde, ist eine Koalition der drei rechten Parteien unmöglich. Auch eine Koalition der drei linksgerichteten Parteien (die sogenannte Rot-Grün-Rote-Koalition) erscheint angesichts der außenpolitischen Positionen der Linken unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich. Damit bleiben noch vier Koalitionsmöglichkeiten, von denen die ersten drei nach dem jeweiligen Land benannt wurden, in dessen Flagge die Parteifarben enthalten sind: Kenia (CDU/CSU, SPD und Grüne), Jamaika (CDU/CSU, Grüne und FDP), Deutschland (CDU/CSU, SPD und FDP) sowie die »Ampel«, die sich aus SPD, Grünen und FDP bilden könnte. Jede dieser Koalitionen würde allerdings voraussetzen, dass eine Partei nicht mit ihrem eigentlich präferierten Koalitionspartner zusammenarbeiten kann

sondern »die Seiten wechseln muss«. Angesichts des knappen Rennens zwischen der CDU/CSU, der SPD und den Grünen bei den jüngsten Umfragen bleibt abzuwarten, welche der Parteien tatsächlich die Bedingungen einer Koalitionsvereinbarung erfüllen und Teil der ersten deutschen Regierung nach Merkel sein werden.

REFERENZEN

AfD (2021). *Deutschland. Aber normal.: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.*

Budge, Ian (1987). *The internal analysis of election programmes*. In: Budge, Ian, Robertson, David & Hearl, Derek (Hrsg.). *Ideology, strategy and party change: spatial analyses of post-war election programmes in 19 democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (Hrsg.) (2020/21). *Verkehr in Zahlen 2020/2021*. 49. Jahrgang, https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/verkehr-in-zahlen-2020-pdf.pdf?__blob=publicationFile (aufgerufen am 13.08.2021).

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2021). *Fakten zum deutschen Außenhandel*. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Bundeswahlleiter (2021). *Presseveröffentlichung Nr. 23/21 am 12. August 2021*, In: https://www.bundeswahlleiter.de/en/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/23_21_parteien-wahlteilnahme.html (aufgerufen am 14.09.2021).

Bündnis 90/Die Grünen (2021). *Deutschland. Alles ist drin: Bundestagswahlprogramm 2021*.

BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 – 1 BvR 2656/18 –, Rn. 1-270. In: https://www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html (aufgerufen am 28.08.2021).

CDU/CSU (2021). *Das Programm für Stabilität und Erneuerung: Gemeinsam für ein modernes Deutschland*.

Die Linke (2021). *Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021*.

FDP (2021). *Nie gab es mehr zu tun: Wahlprogramm der Freien Demokraten*.

Forschungsgruppe Wahlen (2021). *Politbarometer. Wichtige Probleme in Deutschland – I seit 01/2000*. In: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1 (aufgerufen am 25.08.2021).

Hofferbert, Richard I. und Ian Budge (1992). *The Party Mandate and the Westminster Model: Election Programmes and Government Spending in Britain, 1948–85*. In: *British Journal of Political Science* 22: 151–182.

Laver, Michael und Ian Budge

- (1992a). *Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation*. In: *Party Policy and Government Coalitions*. Ed. by Michael Laver and Ian Budge. New York: St. Martin's Press: 15–40.
- (Hrsg.) (1992b). *Party Policy and Government Coalitions*. New York: St. Martin's Press.

Manucci, Luca und Edward Weber (2017). *Why The Big Picture Matters: Political and Media Populism in Western Europe since the 1970s*. In: *Swiss Political Science Review* 23(4): 313–334.

Merz, Nicolas und Sven Regel (2013): *Die Programmatik der Parteien*. In: Oskar Niedermayer (Eds.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer VS: 211–238.

Proksch, Sven-Oliver und Jonathan B. Slapin (2009). *How to Avoid Pitfalls in Statistical Analysis of Political Texts: The Case of Germany*. In: *German Politics* 18 (3): 323–344.

SPD (2021). *Aus Respekt vor Deiner Zukunft: Das Zukunftsprogramm der SPD*.

Weßels, Bernhard (2021). *Politische Drift in Deutschland Die Polarisierung von Parteiprogrammen und Wählerschaft nimmt zu*. In: *WZB Mitteilungen* Nr. 172, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: 22–23.

ANHANG

Teile der im Artikel verwendeten Daten wurden mithilfe des Manifesto-Projekts erhoben. Dieses Projekt wurde 1979 gegründet – ursprünglich unter dem Namen Manifesto Research Group (MRG). Seit 1989 ist es am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) beheimatet, wo es für die Jahre 2009 bis 2023 eine Langzeitfinanzierung der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) erhalten hat. Das Manifesto-Projekt sammelt Wahlprogramme aus über 60 Demokratien weltweit. Die Programme werden durch ein Team von Koder:innen analysiert. Diese unterteilen zunächst jedes Programm in separate politische Aussagen. Dabei ist eine Aussage niemals länger als ein natürlicher Satz, aber ein Satz kann mehr als eine Aussage enthalten. Danach weisen die Koder:innen jeder Aussage eines von 76 politischen Zielen zu. Solche Ziele sind beispielsweise Demokratie, Freiheitsrechte, Ausbau oder Abbau des Wohlfahrtsstaats, Umweltschutz oder Multikulturalismus. Auf der Grundlage dieser Zuordnungen können wir die Bedeutung (oder Salienz, wie wir es nennen) berechnen, die eine Partei einem bestimmten Thema in ihrem Programm zukommen lässt.

Diese Kodierung ist wertvoll, da sie uns über die politischen Prioritäten einer Partei informiert. Sie weist darauf hin, um welche Themen sich eine Partei besonders kümmern möchte, wenn sie gewählt wird. Die Idee hinter der Salienztheorie ist, dass Parteien in den meisten Fällen nicht negativ über ein Thema sprechen, sondern sich stattdessen voneinander unterscheiden, indem sie unterschiedliche Schwerpunkte setzen (Budge 1987, S. 24/25). Beispielsweise wird eine sozialdemokratische Partei mehr über den Wohlfahrtsstaat und Arbeitnehmer:innenrechte sprechen, und weniger über Freiheitsrechte, während eine liberale Partei ihren Schwerpunkt auf die freie Marktwirtschaft und Freiheitsrechte legt und weniger Aussagen über den Wohlfahrtsstaat macht. Welche Themen für eine Partei mehr und welche weniger salient sind, enthält deshalb wertvolle Informationen über ihre Ideologie. Frühere Forschung hat zudem zeigen können, dass dieser Unterschied in der Salienz die tatsächliche Politik beeinflusst: Parteien, die an die Regierung kommen, legen auch in der Regierungspolitik besonderen Fokus auf die Themen, die in ihren Programmen für sie salient waren (z. B. Hofferbert & Budge 1992).

Auf Basis der Kodierung lässt sich aber nicht nur die Salienzen bestimmter Themen berechnet, sondern auch die politischen Positionen der Parteien zu unterschiedlichen Themen können geschätzt werden. Der bekannteste Positionsindex, der aus den Daten berechnet wurde, ist die Links-Rechts-Positionierung einer Partei (Laver & Budge 1992a). Dieser Index entsteht, indem zunächst alle nach rechts bzw. nach links neigenden Kategorien addiert werden, so lässt sich berechnen wie viele Aussagen in einem Programm eher rechte beziehungsweise linke Positionen vertreten. Im Anschluss wird dann die Summe aller linken Aussagen, von der Summe aller rechten Aussagen subtrahiert. Darüber hinaus können wir in einigen Fällen zusätzlich spezifische politische Positionen berechnen. Das ist

immer dann der Fall, wenn wir gegensätzliche politische Ziele kodieren – wie zum Beispiel die Ausweitung versus die Begrenzung des Wohlfahrtsstaats oder EU-freundliche gegenüber EU-feindlichen Aussagen.

ÜBER DIE AUTOR_INNEN

Tobias Burst ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Manifesto-Projekt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Sein hauptsächliches Forschungsinteresse liegt in der Analyse politischer Sprache mittels computergestützter »text-as-data«-Methoden.

Pola Lehmann arbeitet als promovierte Wissenschaftlerin im Manifesto-Projekt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Ihre Forschung konzentriert sich auf Demokratie, politische Parteien und politische Repräsentation.

Sven Regel arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Manifesto-Projekt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Seine Forschungsinteressen sind politische Parteien, parlamentarisches Verhalten, quantitative Textanalyse und politische Geographie.

Lisa Zehnter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Manifesto-Projekt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). In ihrem Dissertationsprojekt analysiert sie Populismus und politische Kommunikation mit Methoden der quantitativen Textanalyse.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
E-Mail: info@fes.de

Registernr.: VR2392
Vereinsregister Bonn
Amtsgericht Bonn

Vorsitzender: Martin Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Dr. Sabine Fandrych

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Katharina Hofmann De Moura
<https://www.fes.de/referat-globale-und-europaeische-politik>

Kontakt / Bestellung:
Raya.Maana@fes.de

Design: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-96250-995-8

© 2021

